

# SOZIALISTEN

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Remittenzen an die Schriftleitung.

Nr. 30.

Berlin, den 26. Juli 1908.

12. Jahrg.

## Wessen unser Kampf gilt.

Unkenntnis der Gesetze schützt bekanntlich nicht vor Strafe. Ebenso hat Unwissenheit zur Folge, daß sich die Menschen über die allereinfachsten Dinge grundfalsche Vorstellungen machen. So ist unter den, dem Sozialismus und seinen Idealen fernstehenden Leuten allgemein der Glaube verbreitet, die Ziele der modernen Arbeiterbewegung würden schließlich in allgemeine Staatsklaverei ausarten. Und doch ist nichts falscher als diese Annahme. Unwissenheit allein erklärt nicht, weshalb gerade diese und nicht eine andere verkehrte Vorstellung so verbreitet ist. Die Erklärung liegt vor allem in dem Charakter der von uns, wie auch von bürgerlichen Reformern geforderten Arbeiterschutzgesetze. Wenn der Kapitalismus noch jung und die Arbeiterbewegung noch schwach ist, sind die Arbeiter nicht imstande, der Willkür der Unternehmer aus eigener Kraft entgegenzutreten. Schutzlos sind sie der Profitgier der Kapitalisten preisgegeben, die ihre Lebenskraft durch intensive Ausbeutung zerrütten. Da soll der Staat eingreifen, denn nur der Staat ist mächtig genug, diesen Herren Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter aufzuzwingen. Wir fordern also, als Vertreter der Arbeiterklasse, eine kräftige Arbeiterschutzgesetzgebung, die vor dem Unternehmerinteresse nicht halt macht, sondern strenge und rücksichtslos durchgeführt wird.

Dem Unternehmer erscheint diese staatliche Einmischung in seinen Betrieb als eine lästige Polizeischikane. Was brauchen sich die Behörden darum zu kümmern, was freie Bürger mit einander vereinbaren? Was sollen Gesetzgeber und Inspektoren, die von der Praxis nichts verstehen, ihre Nase in sein Geschäft stecken? In dieser Lage erscheint der Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterinteressen als ein Kampf zwischen den Prinzipien der unbefchränkten Bürgerfreiheit und der staatlichen Einmischung die dann als Prinzipien des Liberalismus oder Individualismus und des Sozialismus bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten als die Vertreter der Arbeiterinteressen erscheinen hier als die unentwegtesten Verfechter der staatlichen Bevormundung. Kein Wunder, daß sich in den Köpfen der Bourgeoisie die Idee festsetzt, daß im sozialistischen Zukunftsstaat alles staatlich-polizeilich geregelt und alle Freiheit verschwinden wird. — Diese Auffassung wird noch dadurch gefördert, daß der beschränkte Whilistler keinen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Reformern und Staatssozialisten zu machen weiß, die die Staatsbeimischung zum wirklichen Prinzip erheben. Diese betrachten den Staat als ein über den Klassen und Parteien schwebendes, mit höherer Macht und höherer Weisheit begabtes Gebilde. Der Staat braucht sich nur auf seine Pflicht, die Armen und Schwachen zu schützen, zu besinnen, sich nur durch Gerechtigkeit und Menschenliebe leiten zu lassen, und alle gesellschaftlichen Uebel werden verschwinden. Ein ähnlicher Gedankengang wird auch oft innerhalb unserer eigenen Reihen ausgesprochen — der demokratische Staat habe die Aufgabe, Gesetze zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu erlassen; durch solche Gesetze werde dann allmählich die bessere Gesellschaftsordnung, der Sozialismus aufgebaut. Wenn von dieser Seite jedes Arbeiterschutzgesetz als ein Mittel Sozialismus hingestellt wird, ist es begreiflich, daß umgekehrt daraus der Schluß gefolgert wird, die sozialistische Regelung der Gesellschaft bestehe aus einer Umwälzung in das menschliche Leben einschneidender und freiheitsbeschränkender Gesetze.

Bei solchen Anschauungen wird vergessen, daß, was für die heutige Gesellschaft nötig ist, gar keinen Maßstab für die künftige Ordnung abgeben kann. Jetzt, wo die Arbeiter Objekte kapitalistischer Ausbeutung sind, gilt es, die Ausbeutung möglichst einzudämmen. Aber mit der Ausbeutung selbst verschwindet diese Notwendigkeit vollkommen. Wenn keine Profitgier mehr da ist, die die Arbeiter zur gesundheitsschädlichen Ueberarbeit zwingen könnte, ist kein Verbot solcher Ueberarbeit mehr nötig. Unsere Forderungen für die Gegenwart sind keine Ausflüsse irgend eines sozialistischen Prinzips, sondern Ausflüsse des Klasseninteresses des Proletariats unter dem Kapitalismus. Die Auffassung des Staates als eines über den Menschen stehenden Vormundes, der alles zum Besten für uns regeln soll, ist gerade so unrichtig und

unsozialistisch, wie die entgegengesetzte, von den Anarchisten verfolgte Ansicht, daß der Staat wie ein böser Dämon durch seine freiheitsbedrückende Herrschaft alles freie, sich sonst natürlich entwickelnde Leben tötet. Beide Auffassungen treffen praktisch soweit zu, als sie der Erfahrung entnommen sind, aber ihre theoretische Grundlage ist falsch. Der Staat schwebt nicht über der Gesellschaft, sondern ist selbst ein bloßes Klasseninstitut. Wer von einer Pflicht des Staates, die Schwachen zu schützen, redet, könnte gerade so gut von einer sittlichen Pflicht des Kapitalisten reden, seinen Arbeitern ein sorgender Vater zu sein. Der Staat ist seiner Natur und Mission nach weder gut noch böse, sondern einfaß Klassenstaat; er wirkt bald Böses, bald Gutes, je nachdem es im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Seine Arbeiterschutzgesetze, durch die er der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft vorbeugen will, entspringen gerade so gut diesem Interesse, wie seine Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Im Laufe der Entwicklung ändert sich jedoch seine am meisten hervortretende Seite. Solange die Arbeiterbewegung schwach ist und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch machtlos erscheinen, wird Arbeiterschutz nicht nur von den Vertretern der Arbeiter selbst, sondern auch von einsichtigen Mitgliefern der Bourgeoisie gefordert. Da kann die Illusion der sozialen Mission des Staates leicht aufkommen. Je mehr sich jedoch die Arbeiter organisieren, sich aus eigener Kraft emporkämpfen, den Unternehmern Zugeständnisse abzwängen und den Kapitalismus selbst bedrohen, um so mehr tritt der unterdrückende Charakter des Staates hervor. Die Arbeiter bauen in zäher Arbeit Kampfes- und andere Organisationen auf, Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungsinstitute; aber je mehr sie auf diesem Gebiete der Selbsthilfe leisten, um so mehr wird der Staat zum böhschten Unterdrücker, der alles selbständige, emporsicherende Leben zu töten verucht.

Die Bedeutung dieses selbständigen Schaffens der Arbeiterklasse ist oft übermäßig gefeiert worden; nicht als Vergrößerung der Kampfesfähigkeit des Proletariats, denn darin liegt keine wirkliche große Bedeutung, sondern als sei dies eigentlich schon der Aufbau des Sozialismus. Sogar wurde neulich daneben die Eroberung der Staatsgewalt als bedeutungslose Neben Sache hingestellt. Was aber jetzt von den Arbeitern geschaffen wird — wie bewundernswert, wenn man die schwierigen Verhältnisse und die zu besiegenden Widerstände beachtet — ist dennoch fast ein Nichts, wenn man es mit dem wirklichen Aufbau des Sozialismus, mit der Organisation der Weltproduktion vergleicht, die uns rascher als Aufgabe zufällt. Es ähnelt den kümmerlichen Sprossen, die eine von einem schweren Stein gedrückte Pflanze treibt. Erst, wenn dieser Stein abgewälzt wird, kann sie zu einem mächtigen Baum emporwachsen, Blüten und Früchte tragen. Unsere Aufgabe ist also vor allem, diesen Stein abzuwälzen, die Staatsgewalt der Bourgeoisie, die das neue Leben am Emporwachsen hindert, zu beseitigen.

Die Eroberung der Staatsgewalt hat also noch mehr eine negative als eine positive Bedeutung. Wir wollen damit nicht eine alles neu regelnde Macht schaffen — wenn wir auch wissen, daß neben kommunalen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Verbänden staatliche und sogar internationale Organe eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der Gesellschaft spielen werden — sondern wir wollen vor allem eine alles hemmende und tödende Macht vernichten. Kein allesbeherrschender Staat, wie unsere Gegner phantastieren, sondern eine freie Arbeitsgemeinschaft wird das Ergebnis unseres Sieges sein.

## Wohnungsjammer und Wohnungsnot.

Wie ein ewiges „ceterum censeo“ erhebt sich immer wieder und von allen Seiten her der Ruf nach einer Reform der Wohnungsfrage an Haupt und Gliedern. Die Klage über Wohnungsjammer und Wohnungsnot. Genossenschaften und gemeinnützige Gesellschaften mannigfacher Art sind am Werk, diesen Ubeln zu steuern. Sie haben schöne Erfolge aufzuweisen. Dennoch gleicht ihr Wirken nur dem Tropfen Wasser auf heißen Stein und für einen abgeschlagenen Kopf wachsen der Hydra der Wohnungsnot zwei neue nach.

Das beweisen die durch Photographien veranschaulichten Seuchen- und Glendzherde, die der Berliner Ortstraktantenkassette der Kaufleute zc. bei ihren verdienst-

lichen Untersuchungen begegneten. Das beweisen die Angaben einer im Auftrage der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungentränke in Berlin und Vororten veranstalteten Umfrage, wie auch die Berichte aus einer Reihe von deutschen Städten, aus Oesterreich usw.

In Fürth in Bayern haben sich bei einer Enquete unter Annahme eines Luftraumes von 10 Kubikmeter für Erwärmung und der Hälfte für Kinder 3823 Schlafplätze = 14,8 pCt. als überfüllt erwiesen. In Berlin muß für eine Einzimmerwohnung jährlich 238 M., für zwei Zimmer 408 M., für Dreizimmerwohnungen 665 M. und für solche mit vier Zimmern 1006 M. im Durchschnitt entrichtet werden. Im Ostende Münchens begnügen sich 35,2 pCt. der Familien mit Teilwohnungen, in einem der in Frage kommenden Bezirke steigt ihre Zahl auf 47,6 pCt. In Nürnberg wurde bei 2274 Vorortanlagen eine Verunreinigung durch mehr als 15 Personen festgestellt, in 1470 Fällen diente je ein Abort für drei Familien, in 757 für vier, in 354 Fällen für fünf und sechs und in 67 Fällen für 7 und mehr Wohnungen. Besonders ungünstige Verhältnisse ergeben sich im überbevölkerten weisfällischen Industriegebiet. Es heißt von dort, „Zimmermieter und Schlafgänger finden Unterkunft in den schon beschränkten Wohnräumen der arbeitenden Bevölkerung“, und das bringt Zustände hervor, die kaum glaublich erscheinen dürften. In Bochum betrug der Prozentsatz der überfüllten das heißt von drei und mehr Personen bewohnten Räume 29 pCt., in Hagen 23,7 pCt., in Neudamm 30,4 pCt., Herne 29 pCt., Umma 16,4 pCt., Geselesberg 31 pCt., in Hastingen 19 pCt. (bei nur 0,69 pCt. leerstehenden Wohnungen).

Und da sind die noch glücklich zu preisen, die überhaupt eine Wohnung haben. Die meisten dieser Glücklichen sind in den Reihen jener zu finden, die keinen großen Kinderseggen aufzuweisen haben. Dreimal Wehe aber über die kinderreichen Familien! In Berlin wechseln kinderreiche Haushaltungen und zumeist wohl nicht ganz freiwillig am häufigsten die Wohnung. Auf sie entfallen allein 81 pCt. aller Umsätze bis zu sechsmonatlicher Dauer. Auf sie auch die meisten Ermittlungsaklagen. Von 100 ausstehenden Mietern mußten 35 erst auf dem Weg der Klage wegen Nichtzahlung der Miete zum Auszug verurteilt werden.

Dann die Verschaffenheit der Wohnungen. Außer einigen allgemeinen Angaben enthalten die trockenen Statistiken nichts darüber. Wer aber je einmal Gelegenheit hatte, in Industriegebieten, in Hasenstädten einen Blick hinter die Kulissen des Wohnungswesens zu tun, und auch der, der nicht klüchtig und obenhin, sondern gründlich und eingehend die vorerwähnten photographischen Aufnahmen der Berliner Ortstraktantenkassette durchforscht, sie des photographischen Schimmers entkleidet und Moder und Gerüche übelster Art hinzuzugedacht hat, der weiß wenigstens soviel Wert, als der gewinnen kann, der solche Dinge nicht Tag um Tag und Jahr um Jahr mitmachen muß. Wie es jenen aber zu Mutte ist, die diese Sache nicht von außen, sondern von innen kennen lernen, das erhellt aus Schilderungen, die jüngst die „Wiener Arbeiterzeitung“ über „Schwedener Seuchenherde“, wie sie es nennt, veröffentlicht hat. Ein größerer Teil der untersuchten 150 Wohnungen befindet sich in ehemaligen Stallungen. 14 aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnungen umfaßt so ein Haus. Die Räume sind so niedrig, daß die Hand die Decke erreicht. Manchmal führen eine bis zwei Stufen hinunter zu den Wohnungen, in deren einer, die von fauliger Luft erfüllt ist, die zwei Fenster eben auf dem Boden aufliegen. „Wenn's regnet und in Hof drückt Laß'n san, so rinnt uns die ganze Soß bei der Tür und bei die Fenster eine“, klagt die Frau, macht aber darauf aufmerksam, daß sich im Hause auch noch schönere Wohnungen befinden. Die „schönste“ sieht sich die Berichtserstatterin daraufhin an, konstatiert aber auch hier noch Feuchtigkeit und einen abscheulichen Geruch, der seine Aufklärung darin findet, daß die Wand der Kammer zugleich die von den vier zum Hause gehörigen Aborten ist. Aus einem andern Hause schlägt aus einer Tür wider Rauch. „Die Wohnung hat san Rauchfang, das Rauchrohr geht noch durch a andere Wohnung und darum brennt's net, außer's geht grad der rechte Wind“. Diese Wohnung besteht aus einem kleinen Kellere und ebensolchen Zimmer, beide Räume feucht, die Fenster hoch oben, der Fußboden voll von Löchern. „Das is von 55 Mark“, sagt die Frau. „Da sollen's amal in der Nacht kommen, was 55 für an Kravall

machte". In der Wohnung haben die Frau, ihr langjähriger Mann und drei schwache Kinder. Ein weiteres Kind hat fast kein Dach. Die Wohnung haben sie mit 10 Personen wohnen hier in Löbdenz. Es sind Kloppschäden und alles ist naß. Die Rauchfänge sind verfallen und es raucht sehr. Regnet es, so müssen die Kloppschirme zugehängt sein, weil es hauptsächlich auf den Herd regnet. Hundert Kronen und im Jahre 100 Kronen kostet sich ein "Heim" pro Jahr. Und fast alles überfüllt. In einer Kammer oft neun bis zehn Personen, beide Geschlechter, alle Lebensalter, auch Bettelgeher und Schlafmädchen hausieren. Eine kranke Frau in einem benachbarten Hause erzählt, daß die Matten und Klischee bis in ihr Bett kommen und sie sich ihrer erwehren muß.

Wir könnten fortfahren. Das Bild wäre überall das gleiche. In Oesterreich wie in Schlesien, in Schottland wie in Skandinavien usw. Und das obwohl längst die Tuberkulose als eine Krankheit nachgewiesen ist, die wesentlich am Hause hängt, eine Wohnungsfrage. Und, obwohl die Bekämpfung des Alkoholismus, der Prostitution und der Lebensumstände überhaupt nirgendwo mit mehr Aussicht auf Erfolg einsetzten könnte, als bei der Aufhebung oder wesentlichen Verminderung von Wohnungsbedürfnis und Wohnungsnot.

**Ueber Automobil-Unfälle in Deutschland 1906-1907**

Sprach auf dem in Frankfurt a. M. abgehaltenen ersten internationalen Kongreß für Rettungswesen der Präsident des Mitteleuropäischen Motorradfahrer-Vereins, Generalmajor z. D. G. Weiler. Der Inhalt des Vortrages wird uns wie folgt übermittelt:

Der Vortrag ging von der für den Kongreß festgelegten Aufgabe aus, allgemein auf eine Vervollkommnung des Rettungswesens hinzuwirken und Maßregeln in Erwägung zu ziehen, welche geeignet sind, Gefahren für die Zukunft vorzubeugen. Praktischer Rettungsdienst und Vorbeugungsmaßregeln ließen sich aber nur ableiten aus praktischen Erfahrungen und zuverlässiger Kenntnis tatsächlicher Vorgänge.

Betreffs des Fahrbetriebes mit tierischer Kraft nahmen mehrere Kreise Interesse nur an solchen Unfällen, welche nach der Art des Herzanges oder der eingetretenen Folgen ein besonderes Aufsehen erregen, obgleich nach den Ermittlungen des Vortragenden beim Pferdebetrieb in Deutschland die Zahl der Schadenfälle mit Körperverletzungen auf 20000 und die Zahl der Todesfälle auf 1000 jährlich anzunehmen sei.

Aber im Gegensatz hierzu verursache jeder beim Automobilbetrieb vorkommende Unfall eine mehr oder weniger erhebliche allgemeine Verunreinigung. Abgesehen von den oft recht unzweckmäßigen, übertriebenen ersten Berichten der Tagespresse über jeden solcher Vorfälle sei es hauptsächlich der Reiz des Neuen, welcher dieses Interesse nährt, vor allem aber die Unkenntnis über Art und Wesen des Motorfahrzeuges und über die wirklichen Vorgänge und Ursachen der Unfälle. Bisher mangelte es an jeder systematischen Feststellung solcher Unfälle und von deren Folgen. Neudrings hat das Reichsamt des Innern eine Statistik geschaffen, deren Ergebnisse zunächst für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 1. Oktober 1907 veröffentlicht worden sind. Die diesen Ermittlungen und Feststellungen zugrunde liegenden amtlichen Berichte bilden das Material des Vortragenden. Diese Berichte sind bisher nicht veröffentlicht worden und somit der öffentlichen Kenntnis und einer kritischen Betrachtung entzogen geblieben.

Eine solche Betrachtung der tatsächlichen Vorgänge führt zu einer sehr wünschenswerten Klärung der Verteilung. Neben den verhältnismäßig sehr zahlreichen Fällen, in welchen die Schädigungen ausschließlich den Motorradfahrer selbst treffen, verblieben eine sehr bescheidene Zahl von Fällen, die nur der Eigenart des Automobils beizumessen sind und die fast ausnahmslos auf Unerfahrenheit oder Ungeächtlichkeit des Fahrers, seltener auf Mangel der Fahrzeuge oder auf das schnelle Fahren zurückzuführen sind. Die weitaus größte Zahl von Unfällen wird durch ein momentanes Zusammenstoßen unglücklicher Umstände, wie sie von jeher lässlich im Fahrverkehr vorkommen und durch das eigene Verhalten der Geschädigten herbeigeführt. Spielende Kinder laufen direkt in das Fahrzeug hinein, ganz alte, schwerhörige Personen bewegen sich unvorsichtig im Straßengemühl auf dem Fahrdamm u. dergl. Die immerhin an sich große absolute Zahl der Unfälle macht natürlich eine solche Einzelbetrachtung aller Fälle für die Allgemeinheit untunlich und für einen Vortrag unmöglich. Der Vortragende behandelte deswegen von den im Berichtsjahre vorgekommenen 2419 Körperverletzungen nur die 145 tödlich verlaufenen Unfälle nach ihrem Gergange, nach ihren Ursachen und etwaigen zufälligen Umständen.

Die behandelten 145 Schadenfälle teilte er in fünf Gruppen, nämlich 1. Ueberfahren von Kindern, 85 Fälle; 2. Ueberfahren von Erwachsenen, 52 Fälle; 3. Zusammenstöße, 22 Fälle; 4. Anfahren gegen Wände, Mauern u. dergl., 23 Fälle; 5. Scheuwerden von Pferden, 18 Fälle. Jeder einzelne der 145 Vorfälle ist genau nach der amtlichen Meldung wiedergegeben, und an der Hand derselben ist die Schulfrage beleuchtet und, soweit ermittelbar, der Ausgang strafrechtlicher Verfolgung angegeben.

Interessant ist z. B., daß betrefss dieser 145 im Berichtsjahre tödlich verlaufenen Unfälle für die Fahrer das Ergebnis der amtlichen Ermittlungen so lag, daß nur in einem Falle Polizeistrafe und zwar von 1 Mark wegen Ueberschreitung der Fahrordnung verhängt, und in 85 Fällen eine Strafverfolgung eingeleitet wurde. In 59 Fällen lag das Nichtverschulden der Automobilfahrer so klar zu Tage, daß weder Polizeistrafe verhängt noch strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wurde. In den 85 Fällen, in welchen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wurde, ist dies in 42 Fällen bald wieder eingestellt worden. In 10 Fällen erfolgte Freisprechung. In mindestens 111 von den 145 Fällen mit tödlichem Ausgang hat also ein Nichtverschulden der Automobilfahrer vorgelegen. Soweit der

Vortragende bis dahin feststellen konnte, haben die Gerichte in 17 Fällen ein Verschulden des Automobilfahrers angenommen und Strafen bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verhängt.

Man würde betrefss des Automobilverkehrs in der Öffentlichkeit zu einem zureichenden Urteil nur gelangen, und es würden zweckdienliche Maßnahmen der Gesetzgebung und der Behörden nur möglich und schädliche Maßnahmen nur verhindert werden können, wenn das Publikum und besonders die Presse Interesse daran nähmen, die einzelnen Vorkommnisse mehr auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. Hierzu eine durchgreifende Anregung zu geben, sei der Zweck des Vortrages neben der speziellen Aufgabe im Dienste des Kongresses für Rettungswesen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Vorfälle gab der Vortragende Winke, wie derartigen Ereignissen in Zukunft vorzubeugen sei und wo die helfende Hand eingreifen könnte.

**Hassen und Haren.**

Bekanntlich haben von Anfang an der Welt — die Raben den Kindern die Tauben als Lehrer bestellt. — Die Tauben taten es willig, — und da früher das Leben noch billig, — begnügten sie sich mit dem kleinen Gehalt, — den man ihnen in Gestalt — von jährlich fünfzig Gerstentörnern dafür ausbezahlt. — Aber infolge der heutigen Teuerung — und hohen Beseuerung — kamen sie um Erhöhung ein; — sie könnten sonst nicht länger gute Lehrer sein. —

Da trächzte einer der Raben: „Es ist eine Schande, — daß es so weit hat kommen können in unserem Lande! — Durch solche Auffässigkeit sind, Schodschwenot, — die Seelen unserer armen Kinder bedroht; — denn wie können die noch Tugend und Bescheidenheit lehren, — die so viel Korn begehren, — als sie nach ihrem ganz unmaßgeblichen Ermeßen — nötig haben, um sich satt zu fressen!“

„Ja, es ist eine Schande!“ — schrien alle im höchsten Disakante. — „Statt nur an das Seelenheil zu denken, — möchten sie in das schwarze Kasten der Völlerei abzuwinken — und ebenjoviel zu fressen haben — wie wir Raben. — Klar erhebt daraus, daß die Tauben — nicht mehr an die gültige Borscheidung glauben. — Wofür denn hat Gott ihnen Ihren Kropf gegeben? — Darin sollen sie sich sparsam die letzte Maßzeit aufheben — um sie im Hungerfall wieder von sich zu geben — und sich an diesen Gottesgaben — immer wieder und immer noch einmal zu laben. — Aber sie glauben eben nicht mehr an Gott, — sie treiben mit der Borscheidung Hohn und Spott, — sie führen unsere Kinder zum Seelenbankrott. — Sich eine Taube ist ein Nimmerdatt, — vergißt ganz daß sie keine eigene Meinung zu haben hat, — daß viel mehr nur wir schwarze Raben — eine solche, und zwar die einzig wahre, zu haben. — Und die unfrische ist, — daß die Tauben nicht mit Gewalt oder List — uns zum Nachgeben bestimmen können, — sondern nur, indem sie sich schuldig bekennen — der unerhörtesten Bormessenheit — und Teufelsbesessenheit. — Wenn das Gesindel aber weiter so schreit — dann kragt es erst recht nicht, in Ewigkeit!“

„So sei es!“ trächzte der oberste Schwarzfittler: — „Hassen und Haren ist immer das beste Borseuerungsmittel. — Haben sie sich erst gottergeben geneigt — und sich würdig gezeigt, — dann sind wir nicht abgeneigt, — ihnen Wünschen zu willfahren — von heute ab in hundert Jahren!“

Und mit diesen feurigen Kohlen auf ihrem Haupt — haben die Tauben wieder gläubig an die gültige Borscheidung geglaubt: — bei ihren laugen Bohnengüssen — haben sie eben dran glauben müssen!

**Aus der Genossenschaftsbewegung:**

**Der englische Genossenschaftsverband im Jahre 1907.** Der Rise unter den genossenschaftlichen Organisationen, der englische Genossenschaftsverband, hat im verflossenen Jahre seine eminente Wachstumskraft bewiesen. Der Bericht des Zentralvorstandes verzeichnet für Ende 1906 und 1907 folgende den Stand der Bewegung illustrierende Ziffern.

Zahl d. Verbandsvereine . . . . .	1596	1582	14
Berichtsvereine . . . . .	1588	1576	22
Mitgliederzahl . . . . .	2332754	2434085	101331
	Mt.	Mt.	Mt.
Anteilkapital . . . . .	605156180	641104580	35948400
Umsatz . . . . .	1958675140	2114353980	15678840
Ueberschuß . . . . .	219499900	240068220	20566920

Mehr als 2 Milliarden Mark beträgt also gegenwärtig bereits der Jahresumsatz der im Verband vereinigten Genossenschaften und fast 1/4 Milliarde der von ihnen erzielte Ueberschuß. Die einzelnen Genossenschaftsarten partizipieren an diesen Gesamtzahlen wie folgt:

Genossenschaft	Mitglieder	Umsatz	Uebersch.	
1. 1906	1907	1906	1907	
Großverkaufsgesellschaften	2	1411	593004340	15589820
1907	2	1417	647800560	17372420
Konsum	1448	2222417	1266075440	194445000
1907	1443	2223378	1362950580	217988640
Produktiv	131	32720	55479520	3373500
1907	125	30663	59470980	8541900
Genossensch.	4	74611	40690080	1021020
1907	4	77053	41471160	1017800
Besondere	11	1595	2425700	120500
1907	8	1574	2660700	148300

Wenn in der Gesamtzahl der Genossenschaften eine kleine Abnahme stattgefunden hat, so hat das seine Ursache nur in der Verschmelzung benachbarter Vereine, bei den

Produktionsgenossenschaften häufig in einer Uebernahme durch Konsumvereine. Alle hier genannten Genossenschaftsarten stehen, was Umsatz und Reingewinn anbelangt, in hohem Maße vorwärts; am meisten die Konsumvereine. Ihr Umsatz übersteigt den der Produktionsgenossenschaften um das 25-fache und hat sich seit dem Vorfahre um und um 8 pSt. vermehrt. Etwa die Hälfte des Konsumgenossenschaftlichen Umsatzes wird durch die beiden Großverkaufsgesellschaften vermittelt, — ein weit günstigeres Verhältnis als wir es in Deutschland haben, wo von dem Umsatz von 240 Millionen Mt. der im Zentralverband organisierten Konsumvereine nur 60 Millionen oder der vierte Teil von der Großverkaufsgesellschaft bezogen war. — Leider enthält der Bericht keine Angaben über die sich neuerdings so kräftig in England entwickelnden landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in besonderen Verbänden organisiert sind.

Dem Bericht des Erziehungs-Komitees entnehmen wir, daß 8002 Jugendliche und 4203 erwachsene Schüler an den vom Verband veranstalteten Unterrichtskursen über allgemeines Genossenschaftswesen, Industrie-, Nationalökonomie, Bürgerrecht, genossenschaftliche Anschaffung und den Ausbildungskursen für Genossenschaftsleiter teilnahmen. — Das vereinigte parlamentarische Genossenschaftskomitee nahm zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung. In Ausführung eines vom vorjährigen Genossenschaftskongreß erteilten Auftrages wurde es beim Ministerpräsidenten vorstellig, um die Wünsche der Genossenschaftler bei der Gestaltung des zur Beseitigung der englischen Landverteilung geplanten und im August v. J. in Kraft getretenen „Small Holdings Act“ (Gesetz zur Schaffung kleiner Landstellen) zur Geltung zu bringen. Außerdem trat es für die zollfreie Einführung von kanadischem Vieh, für das Frauenstimmrecht und für die Repräsentation der Genossenschaften in Parlament ein. — Das Komitee für Beseitigung des Kreditwesens stellte fest, daß im Jahre 1907/08 76 pSt. der Konsumvereine im Ueberschusse bei ihren Mitgliedern in Höhe von über 18 Millionen Mark, das ist 100 000 Mark mehr als im Vorfahre oder über 8 Mark pro Kopf des Mitgliedes hatten. Es schlägt dem Genossenschaftskongreß eine Reihe energischer Maßnahmen zur Beseitigung dieses Mißstandes vor.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hielt ihre diesjährige Generalversammlung im Anschluß an den fünften Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Eisenach ab. Die Generalversammlung war von 220 Gesellschaftern besucht. Den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr gab der erste Geschäftsführer, Herr Ernst Schering, Er konnte der Generalversammlung einen äußerst günstigen Bericht vorlegen. Im Jahre 1907 stieg die Zahl der Gesellschafter auf 459, der Vereine, die bei der Großverkaufsgesellschaft kauften, auf 1410. Der Warenumsatz erreichte die Höhe 59 868 220 Mt., oder 18 862 988 Mt. mehr als im Vorfahre. Der Nettogewinn belief sich auf 504 909 Mt. Das eingezahlte Stammkapital betrug Ende 1907 rund 878 000 Mt., am 30. Juni 1908 wird es auf 918 000 Mt. angewachsen sein. Dieses Kapital ist im Jahre 1907 60 mal umgeschlagen worden, was natürlich nur möglich war, weil die Gesellschaft mit stärkeren Reserven, Bankanlagen und Darlehen arbeitete. Veranschlagt man diese, so wurden die gesamten Betriebsmittel 15 1/2 mal umgeschlagen, ein recht erfreuliches Resultat.

Die Generalversammlung nahm den Bericht des ersten Geschäftsführers mit lebhaftem Beifall entgegen. Sie beschloß dann, vom Reinertrag 107 406 Mt. als Rückvergütung zu verteilen, 20/100 auf den Umsatz der Mitglieder, 1/100 auf den Umsatz der Nichtmitglieder. Die verbleibenden Gelder werden alle den verschiedenen Fonds zugewiesen, wodurch die Reserven eine beträchtliche Stärkung erfahren. Neu ist die Errichtung eines Unterstützungsfonds, dem 20 000 Mt. zugewiesen werden. Aus diesem Fonds sollen Angestellte und Arbeiter der Großverkaufsgesellschaft oder Angestellte und Arbeiter der ihr angeschlossenen Vereine in solchen Fällen unterstützt werden, in denen die Unterstützung durch die staatliche Versicherung oder die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht ausreicht.

Die Generalversammlung beschloß weiter, das Stammkapital, das jetzt auf 1 000 000 Mt. bemessen ist, die aber noch nicht ganz eingezahlt sind, auf 1 500 000 Mt. zu erhöhen. Der stetig steigende Umsatz, sowie die beabsichtigte Ausdehnung der Eigenproduktion machen eine solche Erhöhung durchaus notwendig.

Eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse wurden ferner bei der Abänderung des Geschäftsstatuts gefaßt. Der bedeutendste davon ist wohl derjenige, der zu den Obliegenheiten der Gesellschaft auch den gewerbemäßigen Betrieb von Bankgeschäften aller Art hinzusetzt. Die Großverkaufsgesellschaft wird sich demnach auch zur Bank der Konsumvereine entwickeln. Sie wird in ihrer Bankabteilung die überflüssigen Gelder der einzelnen Genossenschaften verwalten und einen lebhaften Ueberweisungsumschlag mit den Vereinen unterhalten, wobei ihr die neu zu errichtenden Postkonten gute Dienste leisten werden.

Bei den Wahlen wurden die vier ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Kalkofen-Dresden, Koch-Leipzig, Hübner-Gersdorf, Marcks-Kemtschid wieder- und Junker-Berlin an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes neu gewählt. Zwei Angestellten der Gesellschaft wurde Prokura erteilt.

Die Generalversammlung nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Sie zeigte, daß die Geschäftsgrundsätze, von denen sich die Leitung der Großverkaufsgesellschaft leiten läßt, die vollkommenste Billigung der Genossenschaften finden, und daß in deren Reihen das Bestreben, ihre Großverkaufsgesellschaft einer weiteren, geüblichen Entwicklung entgegenzuführen, allgemein ist. Bei dieser Sachlage darf man jetzt schon sicher sein, daß der nächstjährige Generalversammlung, die in Mainz, im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stattfindet, wieder ein Bericht vorgelegt werden kann, der wie der diesjährige Fortschritt und Gedelhen auf allen Gebieten verrät.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Entwicklung der Warenpreise seit 1821. Eine hochinteressante Zusammenstellung über die Entwicklung der Durchschnittspreise einer Anzahl wichtiger Marktwaren seit dem Jahre 1821 veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt München.

Table with 10 columns: Jahr, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Hühner, Gänse, Tauben, Butter, Eier. Rows show price data from 1821/25 to 1907.

Table with 10 columns: Jahr, Getreide, Roggen, Weizen, Gerste, Weizenmehl, Stroh, Holz, Steinhohlstein. Rows show price data from 1821/25 to 1907.

Fast Wehmüt könnte einen beim Lesen dieser Zahlen ergreifen. Wo sind die alten Zeiten hin, wo das Pfund Rindfleisch 21 Pfg., ein Ländchen 24 Pfg., ein Pfund Butter 47 1/2 Pfg., ein St 2 Pfg. kostete?

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Carlsruhe. In einer verhältnismäßig gut besuchten Versammlung der Zeitungsträgerinnen referierte der Gauleiter über das Kinderzuschlag und die Stellung des Bezirksamtes zu demselben.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion, die sich schließlich auf Vertriebsverhältnisse bezog. Gen. W. u. t. te geistete hauptsächlich die Zustände im Betriebe der 'Badischen Presse'.

Kindarbeit billig bedient zu werden. In diesem Zeitungs- betriebe ist es keine Seltenheit, daß die Trägerinnen stundenlang manchmal warten müssen, natürlich ohne einen Pfennig Entschädigung dafür zu erhalten.

Leipzig. Die Zeitungsaussträgerinnen der 'Volkzeitung' hielten am 7. Juli im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit der Frage beschäftigte: Warum müssen sich die Zeitungsaussträgerinnen gewerkschaftlich organisieren?

In der darauf folgenden Diskussion wurde von allen Kolleginnen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die Zeitungsaussträgerinnen anerkannt und die Nachlässigkeit der Kolleginnen für diese Versammlung scharf verurteilt.

Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, in Zukunft die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeitererschaft mehr für diese Frage zu interessieren, so wie der Frage über die Gründung einer Sektion für die Zeitungsaussträgerinnen von Leipzig näher zu treten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wierfahrer.

Perleberg. In der berühmten Wicksstadt herrschen in der Brauerei von Bichotta ganz famose Zustände. Die Arbeitszeit beginnt für die Kutscher morgens 5 Uhr und endet, wenn die Touren erledigt sind, aber vor abends 8 Uhr sehr selten; für die Landkutscher oftmals erst um 10, 11 und 12 Uhr nachts.

Die Brauerei beschäftigt 5 Kutscher, davon sind drei Landkutscher, 1 Stadtkutscher und 1 Reservekutscher. Der Lohn für den Stadtkutscher beträgt 18 Mk., für die Landkutscher 16 Mk. Provision oder Prozente, wie in den Brauereien sonst üblich, werden nicht bezahlt.

Solange die Kollegen sich nicht organisieren, so lange werden sie unter der Ausbeutung schwer zu leiden haben.

Droschenführer.

Wiedereinführung des weißen Hutcs. Als wir vor kurzem in Tagesblättern lasen, daß von einem Unternehmer beabsichtigt wird, Droschken mit Gummireifen in den Verkehr zu bringen und die Führer derselben mit weißen Zylinderhüten auszustatten, glaubten wir, daß die herrliche kolossale Hitze dieses Sommers auf irgend eine Reporterhinz eingewirkt habe und dadurch die Nachricht zu stande gekommen wäre.

In dem Organ der Führer, 'Der Führer', befindet sich folgende Notiz, nach welcher man die Geschichte als presett ansehen kann. Es heißt da:

Die weißlackierten Kutscherhüte hatten den Magistrat (Verkehrsdeputation) in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Ein hiesiger Unternehmer beabsichtigt, Droschken mit Gummireifen in den Verkehr zu bringen, deren Führer durch einen weißen Hut gekennzeichnet werden sollen.

Nachdem, wir möchten beinahe sagen sämtliche Interessenten seit dem Jahre 1893 den Kampf gegen den weißen Hut geführt haben, weil er ihnen von vornherein verhaft war, gelang es erst nach 14 Jahren, die vorgesehene Behörde dazu zu bewegen, den Droschkenführern zu gestatten, wieder wie früher einen schwarzen Zylinder tragen zu dürfen.

Die Motive, welche Ende des Jahres 1893 maßgebend waren, daß der weiße Hut eingeführt wurde, sind heute dieselben wie damals, er soll ausschließlich als Reklame dienen. Im Jahre 1893 sollte er dazu beitragen, um auf den Taxameter aufmerksam zu machen, und heute soll er dazu dienen, zu zeigen, daß der Droschkenführer einen Wagen mit Gummireifen führt.

Bergessen wollen wir nun nicht, zu bemerken, daß schon einige dieser Wagen im Betrieb und dadurch gekennzeichnet sind, daß an den Seiten des Bodens der Bemerkung 'Aufpassen' angebracht ist. Dieser Bemerkung springt aber für das Publikum zu wenig in die Augen, und deshalb werden diese Wagen ebenso viel oder wenig benutzt wie die andern.

Zu guter Letzt möchten wir wissen, ob die Herren, welche so warm für die Neuerung eintreten, sich mit ihren anderen Kollegen ins Vernehmen gesetzt und deren Zustimmung zu einem solchen Vorgehen erhalten haben. Wir können uns nicht denken, daß so schwerwiegende Sachen von einer handvoll Leuten bestimmt werden können, dazu gehört doch unseres Erachtens nach mindestens die Zustimmung derjenigen, welche ihre Haut mit zu Markte tragen müssen.

Gensterputzer.

Bremerhaven. Ein wahres Eldorado ist hier für die Fensterputzer, welche bei dem Oberbauratsherrn H. W. Scharff in Arbeit treten. Dort herrscht ein richtiges patriarchalisches Arbeitsverhältnis. Eine richtige Arbeitszeit gibt es nicht, denn wenn es von morgens 5 Uhr bis abends 6-7 Uhr geht, ist es nichts neues. Ueberstunden zu bezahlen, kennt der Herr nicht, denn er sagt sich, meine Leute wollen es nicht besser haben.

Um zur Arbeitsteilung. Die Touren sind nicht zusammenhängend und die Scheine werden gemoggen, denn daß dieselben ein halbes Pfund wiegen, ist nichts neues. Man kann man sich denken, wie gepufft und mit dem trockensten Lappen gearbeitet wird. Endlich ist aber auch einigen Kollegen die Geduld ausgegangen, und hielten wir am Samstag, den 4. Juli, eine Besprechung ab, wo sich auch eine Anzahl Fensterputzer in den Verband aufnehmen ließen. Als die Besprechung zu Ende war, traf ein Kollege in der Wohnung des Herrn Scharff mit einem Selbständigen zusammen und wechselte ein paar Worte mit demselben. Als der Kollege am Montag ins Kontor kam, sagte Scharff: „Rein, wenn Sie immer mit dem Selbständigen schmiffen wollen, dann können Sie in vierzehn Tagen aufhören“. Hoffentlich werden die Kollegen durch regelmäßigen Besuch der Versammlungen und festes Zusammenhalten bessere Zustände erringen.

**Essen. Maßregelung bei der Firma Besselmann, Glasreinigungs-Institut, Viehofer Chauffeur.** Schon seit Jahren ist die Organisation des Transportarbeiterverbandes der Firma Besselmann ein Dorn im Auge und sie versucht auf alle Art und Weise, sobald sie merkt, daß die Organisation bei ihr festen Fuß gefaßt hat, die Leiter der Sektion sowie die Redner in den Versammlungen zu entlasten. So wurde am 27. Juni dem jetzigen Vorsitzenden der Sektion ohne Grund gekündigt, mit ihm natürlich noch einem Kollegen. Nach dem Grund befragt, erklärte der Herr Geschäftsführer Euler, welcher früher einmal dem Verbände angehörte, er hätte nicht nötig, einen Grund anzugeben, denn wenn die Arbeiter kündigt, gäben sie ja auch keinen Grund an. Nachdem nun eine Versammlung stattgefunden hatte, wurde beschlossen, daß die Ortsverwaltung mit dem Startell sich in Verbindung setzen sollte, um am Samstag mit der Firma zu verhandeln wegen Zurücknahme der Kündigung. Diese Verhandlungen fanden des Mittags statt und erklärte der Geschäftsführer Euler, er müsse erst bei Herrn Besselmann, welcher sich augenblicklich im Bad befinde, aufpassen. Die Kommission sollte um 6 Uhr nochmals vorsprechen. Als nun der Bevollmächtigte der Verwaltung hintam, wurde ihm in herablassendem Tone erklärt, es würde seiner wieder eingestellt und die Kündigung nicht zurückgenommen. Es war also Herr Euler nur darum zu tun, Zeit zu gewinnen, denn statt nach Besselmann zu telefonieren, hatte man den allbekanntesten Arbeitswilligen-Unternehmer Hermes von Vochum kommen lassen. Warum? Das ist bis jetzt noch nicht klar, oder glaubt vielleicht Herr Euler, daß die Organisation sich dadurch einschüchtern ließe? Denn daß die Herren Unternehmer tüchtige Jäger sind, wenn ein Streik ausbricht, das weiß man noch vom Jahre 1906 und 1907, wo gewisse Unternehmer Streikbrecher nach Hamburg expediert haben und bis dann oder wann mitführen. Auch den Gefallen, zu streiken, wird man den Herren nicht tun, denn wenn die Arbeit niedergelegt werden soll, dann macht die Organisation das, wenn es ihr paßt, aber nicht den Unternehmern zum Gefallen. Die Freude wird dem Herrn Hermes denn doch nicht erwielet. Trotzdem wird jetzt rücksichtslos vorgegangen gegen die Firma Besselmann, natürlich auf die Art und Weise, wie es dem Verbände paßt und nicht, wie es der Firma gefallen könnte. Heute läßt sich die organisierte Arbeiterschaft nicht mehr mit Flicken treten, und werden dementsprechend Maßnahmen getroffen, welche oftmals besser wirken als ein Streik. Ueber den Vertrieb der Firma Besselmann ist die Sperre verhängt. Die organisierte Arbeiterschaft wird gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

**Hamburg. Oeffentliche Versammlung der Fensterputzer am 7. Juli.** Auf der Tagesordnung stand: „Die Taktik des Unternehmerverbandes und wie stellen sich die Kollegen Fensterputzer dazu?“ Der Referent schilderte zunächst die Gründung des Unternehmerverbandes, deren Gründer die Herren Kletterborn und Knopp in Wöttingen waren, welche erstere heute noch Redakteur des Unternehmerblattes ist, nebenbei bemerkt, führt Medner aus, eines der dümmsten und giftigsten Blätter, welche in Deutschland erscheinen. Der Vorstand des Unternehmerverbandes, die Herren Dallstadt und Neßls in Hamburg als treibende Kräfte im Verband, sind Scharfmacher der allerstimmtesten Sorte; sie sind es, die Unterhandlungen mit den Arbeitern sichts abbrechen. Die Herren wollen den Fensterputzer klein kriegen; der Fensterputzer faßt und spielt, sagte einst Herr Dallstadt in einer Versammlung. Das Spielchen haben die Kollegen anscheinend von Herrn Neßls gelernt. Medner führte weiter aus, die Cantonferenzen der Unternehmer, in welchen doch zunächst Branchetagen erörtert werden müßten, seien weiter nichts als ein großes Festschrei; so die letzte Konferenz in Eisenach. Ueber: „Wie haben wir das Ständebewußtsein?“ wurde dort debattiert. Fensterputzer, Unternehmer und Ständebewußtsein, es ist „zum Ergötzen“. An der Spitze war Herr Meckäschel in Eisenach, der noch vielen Kollegen in Berlin bekannt sein dürfte. Medner erwähnte den Hamburger Streik, der ja noch in aller Erinnerung ist, dabei das Zusammenhalten der Kollegen lobend; aber auch die Unternehmer haben zusammengehalten; dieselben haben auf eine ganz andere Art gekämpft: aus allen Teilen Deutschlands seien die Unternehmer nach Hamburg gekommen und haben während des Streiks die hiesige Arbeit selber verrichtet und dadurch unseren Hamburger Kollegen einen Teil ihrer Früchte genommen. Wir müssen uns organisieren, kein Fensterputzer darf außerhalb unserer Reihen stehen, dann wird die internationale Unternehmerrückbrecherstyppe es nicht zum zweiten Male wagen, nach Hamburg zu kommen. In der Diskussion kamen einige Medner auf die einzelnen Unternehmer zu sprechen und auf deren Verhalten, als dieselben noch selbst Arbeiter waren. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die von über 100 Kollegen besuchte Versammlung.

**Bln.** Endlich nach 9 Wochen konnten wir wieder eine Sektionsversammlung abhalten. Ein Kollege referierte über das Thema: „Wie können wir die Kölner Fensterputzer organisieren?“ Medner schilderte die überaus schlechte Lage der Kölner Fensterputzer gegen die anderer Städte gleichzeitig freizeite der Referent den 6. Gewerkschaftskongress in Hamburg und wies auf Grund reichhaltigen Materials nach, wie die freien Gewerkschaften zugekommen haben. Ebenso ginstig seien die Kampferverhältnisse. Die gespannte Aufmerksamkeit bewies, daß der Kollege den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte.

Auch wurde ersucht, den Zentralvorstand nochmals anzugehen, er wolle uns endlich Antwort geben wegen des schon öfter besprochenen Kongresses. Sämtliche anwesenden Kollegen waren der Meinung, daß es dringend notwendig wäre, einen solchen abzuhalten, zumal die Unternehmer im Reinigungsgerwerb wieder auf ihrem Verbandstage in Karlsruhe beschließen werden, was sie zu tun gedenken. Ein besonderer Punkt ihrer Tagesordnung heißt: „Was für Lehren ziehen wir aus dem Hamburger Streik?“ Ferner wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um mal zu sehen, wer mit uns ist. Rege Agitation für diese Versammlung muß daher Pflicht eines jeden Kollegen sein. Zum Schluß tabelle ein Kollege den schlechten Besuch der Versammlung.

Kollegen, das muß aufhören. Verbesserungen in Lohn- und Arbeitsverhältnissen möchten die Kollegen gern haben, aber selbst mit Hand anlegen, dazu fehlt ihnen die Courage. In Schimpfsworten über schlechte Behandlung und ungenügende Entlohnung lassen es die Kollegen nicht fehlen. Aber solche Dinge kümmern die Reinigungsunternehmer nicht, zumal die unorganisierten Kollegen die Faust stets ballen, wenn sie weit weg vom Unternehmer sind. An Aufklärung hat es den Kollegen Fensterputzer nicht gefehlt und soll es auch in Zukunft nicht fehlen. Also, Kollegen, wenn der Ruf wieder an euch ergeht, in die Versammlung zu kommen, so erscheint vollgültig unter der Devise: Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einigt seid.

**Handelsarbeiter.**

**Nach den Gelben sagen auch die Anarchokollanten ihre Pleite selber an.** Diese haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, ihr „Blatt“ statt alle 14 Tage nur monatlich einmal erscheinen zu lassen. Die Köpfe unserer lokal-organisierten Kollegen werden in Zukunft also monatlich nur einmal revolutioniert. Das wird sehr zu ihrer Gesundheit dienen. Es tut uns nur leid, daß wir jetzt 60 pCt. derjenigen Zentralverbandsbestimmungen entbehren müssen, die uns so oft nach harter Arbeit einige wirklich heitere und humorvolle Minuten gebracht haben.

**Berlin.** Die Unternehmer, sowie bürgerliche Tagespresse prahlen stets mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit inbezug auf Arbeiterschutz-Bestimmungen sowie sozialen Reformen. Wie weit die Bestimmungen des Kinderschutzes seitens einzelner Unternehmer beachtet werden, beleuchtet nachstehende Annonce, welche am 6. Juli im Scherblatt das Licht erblickte:

**Zunge**  
während der Ferien von 1-7 Uhr für leichte Arbeit gesucht. Woche 8 Mark. Wamburger, Perot & Co., Kochstraße 67.

Diese Unternehmer haben es auf die Schulferien des Proletariats abgesehen. Sechsbunddreißig Stunden für 8 Mk. Wochenlohn, also noch nicht 10 Pfg. pro Stunde. - 8 1/2 Pfg. Stundenlohn in der Niederlage einer Fabrik für „sanitäre Wasserleitungsartikel“ in Berlin. Möge diese Firma „sanitärer“ Wasserleitungsartikel sich einst die erste Stelle erwerben, im Rang der Kinderausbeutung hat sie dieselbe schon inne. Deutschland! Preußen! und sein Unternehmertum in der Welt voran!

**Berlin.** Schon wiederholt haben wir Engagements-Verträge, wie solche seitens der Unternehmer an unseren Kollegen versucht wurden, an die Oeffentlichkeit gebracht. Die Firma Gebr. Eisenberg, Französischstr. 88 a, liefert sich auch einen „Vertrag“, den sie ihren Hausdienern beim Eintritt unterbreitet, um diese rechtlos zu machen. Dieser lautet:

„Der Beginn und Schluß des Geschäfts hängen von den Anordnungen des Chefs ab, auch habe ich, falls erforderlich, Sonntags und Feiertags zu erscheinen, ohne eine Extra-Vergütung zu beanspruchen.“

Der „Confectionär“, das Leiborgan der Konfektions-Sozial-Reformer, kann in keiner Nummer den Mund voll genug nehmen von der sozialen Fürsorge dieser Chefs für ihre Angestellten; es ist lauter blaue Theorie. In der Praxis macht das Blatt die Augen zu. Auch in der Zeit der Krise scheuten wir uns aber nicht, den Unternehmern den Spiegel ihrer ungesetzlichen Handlungen vor Augen zu halten. Diese liefern das Material, um den Kollegen die Augen zu öffnen. Die Beratungen zur Abänderung der Novelle der Gewerbeordnung stehen nicht in weiter Ferne.

Kollegen, bekämpft Einzelverträge, sobald sie die Bestimmungen der Gewerbeordnung ignorieren und das Gewerbevertrags ausschalten. Unterwerft euch unter keinen Umständen Schiedsgerichten der Unternehmer-Organisationen.

**Berlin.** Die in dem Konsumverein der Firma Mir u. Genest in Schöneberg beschäftigten Kollegen und Kolleginnen unterbreiteten im März dieses Jahres dem Vorstand des Vereins einen Tarifentwurf mit dem höflichen Ersuchen, diesen durch Unterschrift anzuerkennen.

Es wurde in dem Vertrage nebst der Regelung der Lohn und Arbeitszeit, auch eine Regelung der Urlaubszeit gefordert. Dieser bestand in diesem Betriebe ein festgesetztes Verhältnis nicht. Und so war manches der Verbesserung bedürftig. Nach längerer Verhandlung mit dem Vorstande des Vereins ist es unserer Organisation gelungen, folgenden Vertrag zum Abschluß zu bringen:

**Tarifvertrag**  
für die die in dem Konsumverein Mir u. Genest, Schöneberg beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Vereinbarung zwischen dem Vorstand des Konsumvereins Mir u. Genest, sowie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin II.

**A. Arbeitszeit.**  
Die tägliche Arbeitszeit beträgt für Arbeiter und Arbeiterinnen 9 Stunden. Der Anfang und Schluß derselben richtet sich nach Arbeitszeit des Betriebes. Die Frühstückspause beträgt 1/2 Stunde, die Mittagspause 1 Stunde.

- B. Löhne.**
1. Für Kletterarbeiter beträgt der Anfangslohn 28,25 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 29 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 29,75 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 30,50 Mk. pro Woche.
  2. Abzieher erhalten einen Anfangslohn von 31,75 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 32,50 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 33,25 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 34 Mk. pro Woche.
  3. Einholer erhalten einen Anfangslohn von 28,25 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 29 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 29,75 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 30,50 Mk. pro Woche.
  4. Schlichter erhalten einen Anfangslohn von 22,75 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 23,50 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 24,25 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 25 Mk. pro Woche mit Kost.
  5. Köchinnen erhalten einen Anfangslohn von 22,75 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 23,50 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 24,25 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 25 Mk. pro Woche mit Kost.
  6. Für weibliches Hilfspersonal beträgt der Anfangslohn 12,75 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 13,50 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 14,25 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 15 Mk. pro Woche mit Kost.
  7. Ausgeberinnen erhalten einen Anfangslohn von 14,75 Mk., nach 1/2 jähriger Tätigkeit 15,50 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 16,25 Mk., nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit 17 Mk. pro Woche mit Kost.
  8. Sämtliche Löhne verstehen sich ohne Abzüge der Versicherungsbeiträge.
  9. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. In Fällen, wo sich solche bringen notwendig machen, sind dieselben mit 25 pCt. Zuschlag zu bezahlen.
  10. Die Lohnzahlung erfolgt freitags.
  11. Falls höhere Löhne als wie im Tarif angegeben, bezahlt werden, bleiben dieselben von der Vereinbarung unberührt.

**C. Sonstige Bestimmungen.**

1. Den Angestellten werden Sommerferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Dieselben betragen nach 1 jähriger Tätigkeit 3 Tage.
2. Der § 616 des B. G. B. wird wie folgt angelegt: Der Lohn wird den Angestellten weiter bezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund, ohne ihr Verschulden für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert werden. Als nicht erhebliche Zeit werden 3 Tage angesehen.
3. Dieser Tarif gelangt mit rückwirkender Kraft zur Durchführung.
4. Bei Neueinstellungen von Arbeitskräften wird der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engel-Ufer 15, Tel.-Amt 4, 3348, benutzt. Dem Vorstand des Konsumvereins steht es frei, auch Mitglieder anderer Gewerkschaften einzustellen. Dem Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes ist jedoch rechtzeitig davon Mitteilung zu machen.
5. Kündigung findet gegenseitig nicht statt.
6. Bei etwaigen vorkommenden Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten betreffs dieses Tarifes werden dieselben in erster Linie mit dem Arbeiterauschuss erledigt. Wird hier keine Verständigung herbeigeführt, so sollen die zuständigen Organisationsvertreter angertreten werden.

Dieser Tarif gilt ab 1. April 1908 auf die Dauer von 1 Jahr. Erfolgt 3 Monate vor Ablauf keine Kündigung seitens einer der beiden Parteien, so gilt der Tarifvertrag auf ein weiteres Jahr verlängert.

- Für die Firma:
1. Vorsitzender E. Fuhrmann.
- Für die Organisation:
- Karl Fromke. Paul Liebenow.
- Für den Arbeiterauschuss:
- Maxim Panel. Paul Wandl. Elisabeth Schöbel.
- Für den Zentralvorstand:
- Otto Schulz.

Zieht man in Betracht, daß diese Vereinbarung die erste ist, die mit dem Vorstände zum Abschluß gelangte, so ist nicht zu unterschätzen, daß die Erfolge, die für die Kollegen und Kolleginnen herausgekommen sind, als recht nennenswerte bezeichnet werden können. Nebst einer Erhöhung der Löhne ist auch ein Sommerurlaub eingeführt worden.

An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, durch das Band der Organisation zutünftig weitere Verbesserungen zu schaffen.

**Bremen.** Keizende Zustände herrschen in dem Betriebe der Firma C. Köben, hier, Obornstraße. Genannte Firma, welche zu den feinsten hier am Orte gehört, beschäftigt 6 Hausdiener, diese erhalten eine Entlohnung, die einfach jämmerlich zu nennen ist. 5 Hausdiener verdienen 15 bis 20 Mark, der sechste, welcher schon seit 15 Jahren dort beschäftigt ist, ganze 23 Mark pro Woche, natürlich werden von diesen fursächlichen Bezügen noch Kranken- und Zwalldenbeiträge in Abzug gebracht. Vertriebt werden die Kollegen, welche zum Teil verheiratet sind, mit den evtl. Erntgeltern. In dieser Saison wird nun oft bis Abends 10 1/2, ja bis 11 Uhr und noch länger nachgearbeitet, dafür erhalten die Kollegen als Entgelt,



Koalitionsrecht dadurch, daß jeder, der auch nur eine Versammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes besucht, unter Einbehaltung einer Kaution von 101 Mk. sofort entlassen wird. Man habe auf der Hut zu sein und Vorbehalte zu treffen, daß diese Praktiken nicht auch in anderen Betrieben eingeführt werden. Auch haben diese Herren bereits eine schwarze Liste herausgegeben, wodurch eine ganze Anzahl dauernd brotlos gemacht wird. Ferner wies Medner darauf hin, daß die Eisenbahndirektion an einigen Orten gegen die Arbeiterorganisation Stellung nimmt und von den Unternehmern verlangt, daß sie diejenigen Angestellten, welche dem Transportarbeiterverband angehören, entläßt. Nach alledem hat man besonders vorsichtig zu sein. Demgegenüber stellte Medner andererseits fest, daß die Organisation der Kutsher und Arbeiter dieser Branche als gut zu bezeichnen ist, da 90 pSt. dem Verbannde zum größten Teil als ältere Mitglieder angehören und inselgedessen auch ihrerseits eine nicht zu unterschätzende Macht bilden.

In der sich an diesen Ausführungen anschließenden Diskussion sprachen sich sämtliche Medner in Rücksicht auf ihre schlechte wirtschaftliche Lage und in Rücksicht darauf, falls der Tarif nicht gekündigt wird, derselbe noch zwei Jahre läuft, für die sofortige Kündigung aus. Die darauf erfolgte Abstimmung ergab einstimmig für Kündigung des Vertrages.

Nunmehr erläuterte Werner den seitens einer schon früher gewählten Tariff Kommission ausgearbeiteten Vertragsentwurf, welchen wir nachstehend zur Kenntnis bringen.

### Tarifvertragsentwurf

für die im Speiditions-gewerbe Berlins beschäftigten Kutscher, Begleiter, Bodnarbeiter, Mitfahrer und Stalleute. Abgeschlossen zwischen dem Verein der Speiditeure zu Berlin und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

#### A. Regelung des Lohnes.

1. Die über 18 Jahre alten Kutscher und Begleiter, welche in bahnamtlichen Betrieben tätig sind, erhalten unter Beibehaltung der sonstigen Bestimmungen einen Lohn von 28 Mk. pro Woche. Diese Sache haben solange Gültigkeit, als die Eisenbahn die Abtragsgebühren in der bisherigen Weise erheben läßt. Fallen die Abtragsgebühren fort, so finden die zu 2. aufgestellten Lohnsätze auch für die in bahnamtlichen Betrieben tätigen Kutscher und Begleiter Anwendung.

2. Die nicht in bahnamtlichen Betrieben tätigen über 18 Jahre alten Kutscher und Begleiter erhalten einen Anfangslohn von 30 Mk. und nach 1/2 jähriger Tätigkeit 33 Mk. pro Woche.

3. Die Bodnarbeiter und Stalleute erhalten einen Anfangslohn von 29 Mk. und nach 1/2 jähriger Tätigkeit 31 Mk. pro Woche.

4. Die jugendlichen Mitfahrer unter 18 Jahren, erhalten bei einem Alter von 14-15 Jahren 16 Mk. Bei einem Alter von 16-17 Jahren 18 Mk. Ueber 18 Jahre alte Mitfahrer erhalten einen Lohn von 24 Mk. pro Woche.

Falls Mitfahrer Kutscherarbeiten verrichten müssen, erhalten die Betreffenden hierfür den festgesetzten Kutscherlohn ausgezahlt.

5. Die Auszahlung geschieht am Freitag jeder Woche.

6. Soweit es sich um die Ermittlung des Tageslohnes handelt, wird die Woche zu sechs Tagen gerechnet.

7. Kutscher, Begleiter und Arbeiter, welche nachweislich mindestens ein Jahr in Berliner Speiditions-geschäften tätig waren, erhalten, falls dieselben ihre Stellung wechseln, beim Eintritt in einen anderen Speiditionsbetrieb sofort den festgesetzten Höchstlohn pro Woche ausgezahlt.

#### B. Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Kutscher, Begleiter und Mitfahrer haben eine Netto-Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb 12 Stunden pro Tag und soll dieselbe in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends liegen.

2. Den Kutschern, Begleitern u. c. sind die Aufträge so zu erteilen, daß sie bis 7 Uhr abends erledigt werden können. Sollte sich jedoch die Erledigung der Aufträge bis über 7 Uhr abends hinaus ausdehnen, so ist die Zeit von 7 Uhr ab, und bei dem Abladen der Güter auf den Boden von 8 Uhr ab, als Ueberstunden zu berechnen und mit 60 Pf. pro Stunde zu vergüten. Die jugendlichen Mitfahrer erhalten 40 Pf. pro Ueberstunde.

3. Nach 7 Uhr abends ist kein Kutscher u. c. mehr verpflichtet, zwecks Erledigung etwaiger neuen Aufträge, vom Hof zu fahren.

4. Am Sonntag vormittag darf Bahngut nur in der Zeit zwischen 6 und 9 Uhr und zwar gegen Bezahlung von 75 Pf. pro Stunde gefahren werden. Die nicht zu eiligen Fahren verwendeten Kutscher dürfen am Sonntag vormittag nur in der Zeit von 8 bis 10 Uhr mit der Besorgung ihrer Pferde, Wagen und Geschirre, nicht aber mit anderen Arbeiten beschäftigt werden.

5. Die Kutscher, Begleiter und Mitfahrer haben jeden zweiten Sonntag frei.

6. Am Sonntag nachmittag sind die Kutscher nicht verpflichtet, Eilgut zu fahren.

7. Stallwachen dürfen vom Kutscher nicht verlangt werden. Auch ist kein Kutscher verpflichtet, am Sonntag nachmittag oder abend die Pferde zu füttern.

8. Die Arbeitszeit der Stalleute dauert 10 Stunden innerhalb 13 Stunden pro Tag. Auch haben dieselben jeden zweiten Sonntag frei.

9. Die Bodnarbeiter haben eine Netto-Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb 12 Stunden pro Tag oder 9 Stunden innerhalb 11 Stunden pro Nacht. Die Essenspausen sollen je 1/2 Stunde für Frühstück und Vesper, sowie eine Stunde für Mittag betragen. Frühstüd soll in der Zeit von 8-10 Uhr, Mittag in der

Zeit von 12-2 Uhr und Vesper in der Zeit von 3 bis 5 Uhr gemacht werden.

10. Falls von Arbeitern in dringenden Fällen Ueberstunden oder Sonntagsarbeit geleistet werden muß, so ist hierfür ein Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde zum regulären Lohn zu zahlen.

#### C. Erholungsurlaub.

Jedem Kutscher, Begleiter, Mitfahrer und Stallmann, welcher mindestens ein Jahr in einem Betriebe tätig ist, wird ein Urlaub von einer Woche und nach zweijähriger Tätigkeit ein solcher von zwei Wochen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

#### D. Auslegung des § 616 des Bürgerl. Gesetzbuches.

Als verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 616 gilt, wenn die bisherige Beschäftigungsdauer 1/4 bis 1/2 Jahr beträgt, 1 Woche, wenn die bisherige Beschäftigungsdauer 1/2 bis zwei Jahre dauert, 3 Wochen, wenn die bisherige Beschäftigungsdauer mehr als 2 Jahre beträgt, 6 Wochen. Diese Auslegungsvorschriften lassen das beiderseitige Kündigungsrecht unberührt. Jedoch sind die hier in Frage kommenden Vergütungen ungekürzt zur Auszahlung zu bringen.

Der Arbeitnehmer hat sich jede gesetzliche Entschädigung auszusuchen zu lassen, welche ihm für die Zeit der Verhinderung zukommt.

#### E. Sonstige Bestimmungen.

1. Diejenigen Arbeitnehmer, welche zur Zeit der Vereinbarung dieses Tarifes günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, behalten diese günstigeren Bedingungen.

2. Den Kutschern und Begleitern sind aus hygienischen Gründen zum Schutz gegen Kälte und Nässe, warme Decken und Regenpelzerinnen zu liefern. Auch sind denselben die notwendigen Lederhandschuhe auf Kosten der Firmeninhaber zu beschaffen.

3. Falls durch Naturereignisse (starke Schneefälle u. c.) Verkehrsstockungen auf der Eisenbahn oder den sonstigen Verkehrsstraßen eintreten können, durch welche Ueber- oder Sonntagsarbeit als dringend notwendig erweisen, so ist hierfür pro Stunde 60 Pf. resp. 1 Mk. zu zahlen.

4. In jedem Betriebe sind der Zahl der angestellten Kutscher und Begleiter u. c. entsprechend heizbare Aufenthaltsräume, verschließbare Spinden zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke, sowie Waschgelegenheiten zu beschaffen.

5. In Rücksicht auf etwa eintretende Betriebsunfälle ist zwecks Leistung der ersten Hilfe in jedem Betriebe ein Verbandkasten mit den notwendigsten Verbandstoffen und sonstigen Heilmitteln anzubringen.

6. Im Interesse für Leben und Gesundheit der Kutscher u. c. sind die Wagen mit festen Kutscherstößen und Trittbrettern zu versehen.

7. Die Zugehörigkeit der Kutscher und Arbeiter zur Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein. Ebenso darf der Austritt der Kutscher und Arbeiter u. c. aus der Organisation, vom Arbeitgeber nicht verlangt werden.

8. Freigabe des 1. Mat.

9. Arbeitsordnungen dürfen den Bestimmungen dieses Tarifes nicht zuwiderlaufen.

10. Maßnahmen wegen Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden.

11. Bei jedem Arbeitgeber ist aus der Zahl seiner Arbeitnehmer (Kutscher, Begleiter, Bodnarbeiter u. c.) eine besondere Beschwerdekommision zu bilden, in welcher alle Betriebsstätten und alle Arbeiterkategorien vertreten sein müssen.

Die Zahl der Mitglieder der Kommission beträgt: in einem Betrieb bis zu 10 Arbeitnehmern 3 Vertreter; in einem Betrieb bis zu 50 Arbeitnehmern 5 Vertreter; in einem Betrieb von mehr als 50 Arbeitnehmern 7 Vertreter.

Wählbar in die Kommission ist nur, wer mindestens ein halbes Jahr in dem Betrieb beschäftigt ist. Die Beschwerdekommision hat das Recht, den Arbeitgeber in der Regel monatlich einmal zu einer mit ihm vorher zu vereinbarenden Zeit die Wünsche und Beschwerden der Arbeitnehmer vorzutragen. In dringenden Fällen soll die Kommission auch außerhalb der festgesetzten Zeit gehört werden.

12. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. September 1908 bis zum 13. August 1910 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht sechs Wochen vor Ablauf von dem Verein der Speiditeure oder dem Deutschen Transportarbeiterverband (Verwaltung Groß-Berlin) gekündigt wird.

Nachdem sich die Versammelten durch Abstimmung mit den von der Kommission vorgeschlagenen Forderungen einverstanden erklärt hatten, fand die Wahl einer zwölfgliedrigen Lohnkommission statt. Gewählt wurden für Stadtkutscher die Kollegen Gulesstädt, Lanan, Thalle, Schulze und Abraham, für die Bahnkutscher die Kollegen Prinz und Stacharowski; für die Bodnarbeiter die Kollegen Pant und Blasse; für die Organisation die Kollegen Wilschel, Lehmann und Werner.

**Danzig.** Das Zentrumsblatt „Westpreussisches Volksblatt“ in Danzig berichtet über einen Koalitionsrechtsraub. Von dem Rechte des Zusammenschlusses haben auch die vereidigten Getreidebürger und Maßfischer der Danziger Kornwerfer Gebrauch gemacht und sich im vorigen Jahre der Danziger Zahlstelle des Christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes angeschlossen. Dadurch ist es ihnen möglich geworden, im vorigen Jahre einen Vertrag mit den Unternehmern zu schließen, der für die Beteiligten Vorteile herbeigeführt hat und erst am 1. Dezember dieses Jahres abläuft. Mit allen Mitteln versuchen nun die Unternehmern, die vereidigten Wäger und Maßfischer aus der Organisation herauszutreiben, um den Abschluß eines neuen Vertrages unmöglich zu machen. Bei der Lohnzahlung am Freitag, den 19. Juni, wurde den Organisiereten ein Revers vorgelegt, der den Austritt aus der Organi-

ation bescheinigt, mit der Aufforderung, am Sonnabend früh zu erklären, ob sie das Scheitern unterschreiben wollen oder nicht. Der Revers hat folgenden Wortlaut: Danzig, den 17. Juni 1908.

Heren Heinrich Mielenz, hier.

Hierdurch teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich freiwillig aus dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband, Sitz München, ausgetreten bin. Ich verpflichte mich, ohne Ihre Einwilligung keinem Verband, welcher Art er auch sei, anzugehören und würde ich mich im Falle der Zwangsbehandlung mit meiner sofortigen Entlassung einverstanden erklären.

Hochachtungsvoll

Ein derartiges Vorgehen gegen organisierte Arbeiter ist ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen und daher unerlaubt. § 153 der Gewerbeordnung, der so häufig wegen kleiner Vergehen gegen Arbeiter angewendet wird, wäre hier gut am Platze gegen die Arbeitgeber. Derselbe lautet: Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, durch Schmähdrede oder durch Verurteilung bestimme, oder zu bestimmen sucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert, oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch nicht eine härtere Strafe eintritt.

Nun, die Zentrumspresse weiß sehr gut, daß der § 153 der Gewerbeordnung fast ausschließlich gegen streikende Arbeiter angewandt wurde, und zwar nicht erst in der letzten Zeit. Das Zentrum hätte im Reichstage schon längst Gelegenheit gehabt, für die Bestrafung von Koalitionsrechtsverweirtern, seien dies Unternehmer oder Beamte, zu wirken, wenn seine Abgeordneten für die von unsern Genossen dort eingebrachte Anträge gestimmt hätten. Jetzt, wo die Unternehmer auch die christlichen Arbeiterverbände zeitweilig zu zerschlagen suchen, findet auch die Zentrumspresse das richtige Mittel gegen die Koalitionsrechtsräuber, nämlich deren Bestrafung durch die Gerichte.

**Freiburg i. Br.** Am 4. Juli d. J. wurde mit dem hiesigen Lebens-Bedürfnis-Verein ein Tarif abgeschlossen, welcher den daselbst beschäftigten Arbeitern neben verschiedenen Verbesserungen auch alle 14 Tage einen vollständig freien Sonntag gebracht hat. Es sind dies die ersten Zuhrlente in Freiburg, die einen ganz freien Sonntag haben. Allerdings sämtliche Zuhrlente sind in diesem Betriebe organisiert. Diese Erregung ist uns ein Beweis, daß es möglich ist, auch den Zuhrlenten einen freien Tag zu gewähren. Unseren Zuhrlenten in Freiburg muß dieses nun ein Ansporn sein, sich ebenfalls der Organisation anzuschließen. Dann wird es auch für sie möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Es ist dies nun der zweite Tarif, welcher mit unserm Verbannde abgeschlossen wurde; hoffentlich kommen noch mehr. Sollegen, besucht die Versammlung am 26. nachmittags 3 Uhr, bei Böllner, Löwenstraße Nr. 8.

**Karlsruhe.** Den in der hiesigen Expresgutbestätterei von Werner u. Gärtner beschäftigten Arbeitern gelang es im Sommer 1907 mit Hilfe des Transportarbeiterverbandes eine Lohnerhöhung von jährlich 5000 Mk. zu erringen, bei welcher Gelegenheit noch das Verhältnis mit den freien Tagen, sowie sonstige Unstände geregelt wurden. Diese 5000 Mk. für den höheren Lohn tragen aber nicht etwa die Geschäftsinhaber, sondern die Generaldirektion gibt diesen Zuschuß, nachdem uns die Herren W. u. G. erklärt hatten, daß sie außer stande seien, auch nur die geringste Kleinigkeit zulegen zu können und wir uns daraufhin an die Generaldirektion wandten. Gleichzeitig ließen sich aber die Herren die Lagen erhöhen, was schließlich kein Fehler war, denn jedenfalls wird am Geschäft nun mindestens soviel verdient, daß man die Lente halbwegs auskömmlich bezahlen kann. Feststeht das eine, daß auch diese Unternehmer durch das Eintreten der Organisation nicht etwa einen Nachteil, sondern im Gegenteil, einen Vorteil erringen haben. Zugleich schloß sich die Firma dem Süddeutschen Arbeitgeberbund für das Transportgewerbe als Mitglied an, während ein Teil ihrer Arbeiter aus dem Verband ausstiegen. Diesen war es nicht genügend, was ihnen der Verband in der kurzen Zeit ihrer Mitgliedschaft geleistet hatte und ein zielbewusstes, langames, aber sicheres Vorgehen kennen diese Kollegen nicht. Vor allen waren es die Kutscher, die gleich nach der Lohnbewegung umfielen und nun warten sie, bis ihnen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen. Während es ihren Mannheimer Kollegen gelungen ist, Wochenlöhne von 28 Mk. durchzusetzen, geben sich die Karlsruher Expreszufuhrleute mit etwas über die Hälfte zufrieden, genau wie die anderen Kategorien. Man wartet auf bessere Zeiten, während die beste Zeit zur Organisierung vorübergeht. Vieles könnte im Expres noch erreicht werden, doch dazu gehört Organisation, und wenn es die Kollegen nicht verstehen, den Verband hoch zu halten, ihn in ihrer Dummheit vielleicht noch bekämpfen, dann hat es allerdings noch gute Wege mit besseren Verhältnissen, und mancher wird in der Zeit noch seine gesunden Knochen zu Markte tragen. Bestimmt euch auf eure Pflicht!

**Mannheim.** Erfolge der anarcho-sozialistischen Maulhelden. Fünf Jahre Gefängnis erhielten vor dem Schwurgericht am 8. Juli als erste Prozeßopfer des Kohlenstreiks der syndikal-freien Kohlenvereinigung 8 Arbeiter. Fünf davon sind verheiratet, drei stehen noch halb in den Kinderchuhen. Einer erhielt 1 Jahr, die übrigen 10, 6 und 4 Monate, insgesamt 5 Jahre Gefängnis. Diese außerordentlich harten Strafen sind absolut nicht in Einklang mit den von den Verurteilten begangenen Straftaten zu bringen. Man steht tatsächlich vor einem Schrecken-s-urteil. Ein Teil der Verurteilten hat sich dadurch

Kraftbar gemacht, weil die Kollegen hinter einem Wagen in Gemeinschaft mit andern herzogen. Hier der Beteiligten handelten dabei in ihrem eigenen Interesse auf Grund ihres gewöhnlichen Rechts, andere waren mit Steinen. Ein Schuhmann wurde von einem Stein getroffen. Weitere Steine wurden geworfen, verfehlten aber ihr Ziel und dennoch diese harten Strafen. Wir möchten nur des einen Arbeiters erinnern, der während der ganzen Verhandlung vor sich hingewinkt hat. Er erhielt 10 Monate Gefängnis, weil ihn das Verhängnis auf dem Heimwege von der Arbeit an dem Schauplatz vorbei geführt hat. Er hob einen Stein auf und warf, empört darüber, daß es noch Menschen gibt, die kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen. Ein jeder, der diesen Mann kennt, weiß, daß er ein fleißiger und braver Arbeiter ist. Der Unglückliche wohnt in der Mediarvorstadt. Seine Frau muß jezt, um nicht zu verhungern, in die Fabrik gehen, die zwei ältesten Kinder müssen den Haushalt versehen und die Pflege der vier jüngeren übernehmen. Wenn man nun diese Würmer mit ihren bleichen, durchsichtigen Wangen auf der Straße wandern sieht und weiß, daß ihr Ernährer wegen einer Kleinigkeit monatelang hinter Gefängnismauern schmachten muß, so kommt dem Beobachter so richtig zu Bewußtsein, was unser heutiger kapitalistischer Klassenstaat in sich birgt. Der gesunde Menschenverstand sucht hier vergeblich nach dem Gleichgewicht von Schuld und Gültigkeit, nach jenen Rechtsgarantien, die man bei der öffentlichen Meinung besonders geborgen wähnt.

Der Streikbrecheragent Buchhorn war als Zeuge geladen. Er kam von Essen aus dem Lager der Streikbrecher. Das Besorgen von Streikbrechern anrücklichster Sorte hat er zu seinem Lebensberuf ertoren. Sein nächster Transport lebenden Menschenfleisches ist nach Schweden. Es sind wohl dieselben Individuen, die auch hier zu solch traurigem Ruhm gelangen. Haben sie an einem Orte ihre Hebelthaten vollführt, und nimmt die Polizei Anlaß, sich einmal über ihre Persönlichkeiten zu informieren, so wenden sie sich an die Streikbrecherzentrale und sie werden nach einem andern Orte verladen, wo sie ihre traurige Rolle von neuem spielen. Solche Leute kann man brauchen, darum auch die Fürsorge der Unternehmer für diese Elemente. Und die Polizei, sie zeigt sich als liebevoller Beschützer dieser Auswürlinge. Ohne solche Verräter an eigenem Fleisch und Blut geht es nicht, und wer dagegen ankämpft, kommt vor den Strafrichter.

So hat die „direkte Aktion“ wieder einen Erfolg zu verzeichnen; denn der Streik, der diese Opfer forderte, war eine Wache der Lokalisten, provoziert nur zu dem Zwecke, in die Reihen der Zentralorganisierten Verwirrung zu tragen. Die armen Teufel müssen nun dafür schwer büßen, daß sie entgegen dem Rate der Verbandsleitung den Lockungen der Anarchos folgten. Es wird manchem eine Lehre sein.

**Münsterberg.** Schlastrate in einer Stallung. In einem Anwesen in der Dianastraße steht das Bett des Kuffchens im Stall. Es ist dies auf Grund der oberpolizeilichen Vorschriften über Wohnungsverhältnisse und Wohnungsinspektion beanstandet worden. Der Anwesensbesitzer erklärte hierauf, es sei nicht nötig, daß bei einer größeren Anzahl Pferde ein Mann schlage. Das bezirksärztliche Gutachten geht aber dahin, daß dies nicht nötig sei; es genüge zur Beaufsichtigung, wenn sich das Kuffchenzimmer neben der Stallung befinde. Auch das amtsärztliche Gutachten spricht sich gegen Befassung des Bettes im Stall aus. Es erfolgte daher seitens des Polizeisensats das entsprechende Verbot.

**Zittau i. Sa.** „Meine Lohnbücher weisen aus, daß in einer kürzeren Arbeitszeit die Arbeiter dasselbe Quantum leisten, als bei einer längeren. Es ist bei verkürzter Arbeitszeit derselbe Lohn erzielt worden als mit der früheren längeren.“ Diesen Ausdruck gab Herr Dr. Böttcher in Zittau gegenüber dem Arbeiterausschuß zum besten, der bei ihm als Inhaber der Firma Gedr. Böttcher vorstellig wurde, wegen Arbeitsmangel erfolgte Arbeiterentlassungen rückgängig zu machen. — Wir müssen Herrn Dr. Böttcher das Zeugnis ausstellen, daß er, trotzdem er von seinesgleichen nicht verstanden und als weißer Habe betrachtet werden wird, doch viel mehr sozialpolitisches Verständnis an den Tag legt, als alle Zittauer Unternehmer zusammengenommen. In dieser Ueberzeugung werden wir auch durch ein weiteres Vorkommnis bekräftigt. Die Firma stellt in der Hauptfache Lohndrühen her. Der Geschäftsgang ist dadurch abhängig von der sogenannten Pantoumpunktur, von der jezt absolut nichts zu verspüren ist. Die Firma greift, wie alle anderen Firmen, auch zu dem Mittel der Arbeiterentlassungen. Da ein Minderungsverhältnis nicht bestand, mußten vier Kollegen sofort gehen. Hierauf wurde eine Betriebsversammlung abgehalten, welche den Arbeiterausschuß beauftragte, dahingehend vorstellig zu werden, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden und an dessen Stelle allgemeines Aussetzen eintreten solle. — Die Firma hat sich nun zu folgendem bereit erklärt: Die Arbeitszeit wird früh und abends um je eine Stunde, ist zwei Stunden täglich, verkürzt. Während eines Zeitraumes von 4 bis 5 Wochen wird der Betrieb ganz eingestellt. Die Firma bringt in dieser Zeit die Arbeiter in anderen Betrieben resp. auch Landwirtschaft unter, und zahlt ihnen auf den dort zu erhaltenden Verdienst pro Mann und Woche 4 Mk. zu. Nach der festgesetzten Zeit wird der Betrieb wieder geöffnet und geht in der alten Weise, nur mit der verkürzten Arbeitszeit weiter. Da die Kollegen nun dadurch, daß sie bei der kürzeren Arbeitszeit dasselbe leisten, wie bei der längeren, keine Einbuße am Lohn haben (arbeiten im Accord), so haben sie statt der Entlassungen, auf die sie hoffen mußten, eine Arbeitszeitverkürzung von 12 Stunden pro Mann und Woche erzielt. Bei 40 Beschäftigten macht dies 480 Stunden pro Woche. Außerdem sind die vier entlassenen Kollegen wieder eingestellt worden. So bringt selbst die Ritze den Arbeitern Vorteile durch Erkenntnis.

**Öffentliche  
und Mitglieder-Versammlungen.**

**Berlin.** Für die Kollegen der Glas-, Porzellan-, Kurzwaren- und Exportbranche wurde am 29. Juni eine Versammlung abgehalten, die sich hauptsächlich mit der Zusammenlegung beider Branchen zu einer gemeinsamen Sektion beschäftigte. Der Sektionsleiter der Glas- und Porzellanbranche berichtete von der Tätigkeit der Sektion seit der Gründung. Am 25. September vorigen Jahres wurde die Bildung der Sektion beschlossen. Daß dies eine Notwendigkeit war, zeigte sich dadurch, daß kurz nach der Gründung in bezug auf Organisierung Fernstehender große Anforderungen an die Sektionsleitung gestellt wurden. Arbeit fand dieselbe in Hülle und Fülle. In mehreren größeren Betrieben war nur eine verschwindend kleine Anzahl von Kollegen organisiert. Es gab ziemlich Schwierigkeiten zu überwinden, diesen Kollegen den Gedanken der gewerkschaftlichen Zusammengehörigkeit beizubringen, aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Nach einigen Besprechungen gelang es, die Kollegen von J. E. Lindenberg dem Verbandsleiter zuzuführen. In die Firma wurden dann Lohnforderungen gestellt, die eine Erhöhung des Lohnes um durchschnittlich 1,63 Mk. pro Woche oder für die einzelnen Kollegen um 1-2,50 Mk. brachte. In den meisten Betrieben wurden, wo dieselben noch nicht vorhanden, Vertrauensmänner gewählt, und war es demzufolge leichter, die Kollegen zum Besuch unserer Versammlungen aufzumuntern. Um die Agitation planmäßiger betreiben zu können, wurden Fragebogen herausgegeben. An der Ausfüllung haben sich mehrere Kollegen hervorragend beteiligt, während sich die Mehrzahl teilnahmslos verhielt. Die Umfrage zeitigte ein ziemlich gutes Resultat — das Ergebnis ist J. B. in Nr. 15 des „Courier“ veröffentlicht worden — sodaß wir jezt ein klares Bild haben, wo der Hebel angelegt werden muß. In den Betriebsbesprechungen wurden, wie auch selbstverständlich ist, nur eigentliche Betriebsangelegenheiten besprochen. In einigen Betrieben wurden die Vertrauensmänner genaugeregelt. Seitens der Organisationsleitung wurde versucht, durch Verhandlung mit den Firmeneigebenen die Wiederentstellung der Entlassenen zu erwirken, jedoch konnten oder wollten die Firmen dem nicht nachkommen, da die Entlassungen angeblich wegen der schlechten Geschäftslage erfolgt seien. Die Klugheit konnte die in Frage kommenden nur von ernstern Schritten abbringen. Aufgehoben ist natürlich nicht aufgehoben. Für die Kurzwarenbranche wurden ebenfalls mehrere Sitzungen und Besprechungen abgehalten. Am 5. März d. J. wurde eine aus drei Kollegen bestehende Agitationskommission gewählt. Wenn dieselbe nennenswerte Erfolge nicht zu verzeichnen in der Lage war, dann lag es einestheils an der Launtheit der Kollegen, andernteils an den nun hinter uns liegenden Wahlarbeiten zur Landtagswahl. Redner legt dar, daß nach dem nunmehr festgelegten Agitationsplan die Notwendigkeit besteht, beide Branchen, die eigentlich zusammen gehören, einheitlich zu bearbeiten. Nach der jetzigen schlechten Konjunktur wird auch wieder eine bessere Zeit kommen, wo es sich zeigen wird, daß die Samenkörner, die wir inzwischen ausgestreut, reiche Früchte tragen werden.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Berichtes. Ein Kollege war der Ansicht, vom Arbeitsnachweis dürften nur solche Kollegen als Glas- oder Kurzwarenpacker geschickt werden, die vordem schon in denselben Branchen tätig waren. Dem Sektionsleiter wurde jedoch auf das sinnlose solches Vorgehens hingewiesen, da dadurch geradezu die Freizügigkeit aufgehoben und mancher Familienoater verdammt wäre, mochten, ja monatelang zu wartet, bis für seine Branche eine Vakanz eintritt.

Die Neuwahl der Sektionsleitung ergab folgendes Resultat: Willi Rinnig, 1. Leiter; Ferd. Decker, Stellvertreter; Lindow, Schriftführer; Dumke, Mittelstadt, Schwerfeld und Bandt, Weißher.

Nach anfeuernden Worten des Versammlungsleiters, in der Agitation nicht zu erlahmen, erfolgte Schluß der mittelmäßig besuchten Versammlung.

**Frankeberg i. S.** Am 18. Juli fand hier die konstituierende Versammlung der Verwaltungsstelle statt. Es wurde der Kollege Otto Leipart mit der Leitung der Verbandsangelegenheiten beauftragt. Beschllossen wurde, neben der ersten Klasse einen Ortszuschlag von 10 Pf. wöchentlich zu erheben, dafür die Streikfondsmarkte in Wegfall zu bringen. Als Versammlungslokal wurde der Bützgergarten bestimmt, die Versammlungen finden jeden dritten Donnerstag im Monat statt. In das Gewerkschaftsstatut wurde Kollege Leipart delegiert. Am 8. August findet noch eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Hauptleiter referieren wird.

Einige Unternehmernmäßigchen verdienen der Mittwelt Abenmittel zu werden. Kaum ist unsere Zahlstelle gegründet, sind auch schon unsere Unternehmer außer Rand und Band. Der eine sagt: „wer aus dem Verbands austritt, bekommt zwei Mark Zulage“, (sonst heißt es doch immer, sie könnten nicht mehr geben), der andere läßt abends nach 7 Uhr noch mal in die Sandgube fahren, damit die Kollegen nicht in die Versammlung kommen können. (Soviel Müllkrat haben die Kollegen noch nicht, daß sie sagten: „die Zeit ist um, wenn du noch Sand haben willst, dann hole dir ihn mir selber. Wenn man um 4 Uhr anfängt zu arbeiten, dann wird es wohl bis 7 Uhr genug sein, das Plättern kommt ja extra noch dazu.) Aber die Maßnahmen verfassen nicht, wenn die Unternehmer den Köllern kriegen, wissen wir, daß wir auf dem rechten Wege sind. Eigentlich ist vor allem, daß die Unternehmer gerade jezt ihr arbeiterfreundliches Herz entdecken, wo haben sie denn das früher gehabt? Nichts als das böse Gewissen ist es, die Furcht vor dem Verbands, und das auch mit vollem Rechte. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo mit den jetzigen Mißverhältnissen aufgeräumt werden wird.

**Hamburg.** Versammlung am 26. Juni. Die Tagesordnung lautete: „Warum müssen wir uns organisieren und welchen Wert bietet uns ein Industrieverband?“ Der Berliner Bezirksleiter führte aus: Hamburg ist historischer Boden für die Gewerkschafts-

bewegung. Ende der 60er Jahre wurde den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt; die ungelerneten Arbeiter, darunter die Handeshilfsarbeiter, hatten zu erst kein Interesse dafür, da unter den damaligen Zeiten sehr schlechte Verhältnisse, wie lange Arbeitszeit und lange Löhne obwalteten. Die Arbeiter meinten, keine Veranlassung zur Organisation zu haben, trotzdem sie wußten, daß sie im Klassenstaat lebten und von oben herab angeleitet wurden. Unsere Berufs-kollegen hatten kein Vertrauen und maßen sich nicht an, sich zu organisieren. Erst in den 80er Jahren, unter dem Schandaugesch, waren es Berliner Berufskollegen, die endlich den Mut fanden, sich zu organisieren. Zunächst allerdings nur in Lokalorganisationen, mehr zur Unterstützung und Geselligkeit bestimmt, als zur Ausübung von Solidarität. Diese Organisationen waren aber auch zur Führung von Kämpfen nicht befähigt. In den 90er Jahren erst wurden die Zentralorganisationen gegründet, trotzdem die Arbeiter noch der Auffassung waren, daß dann einzelne größere Städte die meiste Stütze abgeben würden. Es wurde das Vertrauensmänner-system eingeführt, um sich mit den einzelnen Vereinen in Verbindung setzen zu können. Im Jahre 1896 wurde unser Zentralverband gegründet, hat sich jedoch im Laufe der Zeit noch nicht so entwickelt, wie wir gehofft, da die Arbeiter immer noch in der Harmoniebuschel hinstehen. Die Interessen der Unternehmer stehen denen der Arbeiter diametral gegenüber. Unsere Forderungen sind: kurze Arbeitszeit und hohe Löhne, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Eine Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter kann es daher nicht geben. Unser Bestreben, die Lage der Kollegen in einem Geschäft zu verbessern, kann dann nur von Erfolg sein, wenn von vielleicht 20 Kollegen nicht nur einer, sondern alle zusammen die Forderungen vertreten. Es ist unsere Aufgabe, alle Kollegen zu gewinnen, sie zu einigen, um unter dem Schutz der Organisation zur Macht zu gelangen. Wie müssen wir uns nun organisieren? Die Organisationen der 80er Jahre waren, wie gesehen, nicht richtig; durch die Zentralverbände wurde jezt auch so mancher Sieg bei Lohnbewegungen errungen. In den 70er Jahren wurden keine Ueberstunden und Sonntagarbeit bezahlt, da hieß es immer: der Arbeiter gehöre mit zur Familie, d. h. er mußte auch Stiefel putzen und wurde als Mensch zweiter Klasse betrachtet. Heute ist das patriarchalische Verhältnis nicht mehr vorhanden, der Arbeiter hat endlich eingesehen, daß ihm nur die Organisation helfen kann. Da ist es nun wieder nur der Zentralverband, mit dessen Hilfe wir etwas erreichen können. Sind wir jezt in Zentralverbänden organisiert, so bringen uns die Verhältnisse dazu, die noch zu uns gehörenden Arbeiter, wie Eisenbahner, Seelente und Hafenarbeiter, an uns heranzuziehen und einen großen Industrieverband zu bilden. Dem geschlossenen Unternehmertum müssen geschlossene Arbeiterverbände gegenübergestellt werden. Einigkeit macht stark! Die Unternehmers des deutschen Exportgewerbes waren am 19. Juni d. J. in Frankfurt a. M. zusammen, um über ihren Zusammenschluß zu beschließen und sich zu einigen. Sie haben ihre Zeit begriffen, sie schließen sich in immer größeren Organisationen zusammen. — Nun heißt es auch für uns, nicht Lokal-, nicht Zentralorganisationen, sondern große Industrieverbände! Nicht eher dürfen wir ruhen und rasten, bis auch der letzte Kollege sich unserer Organisation angeschlossen hat, dann erst können wir uns als Mensch unter Menschen fühlen. Nach kurzer Diskussion, an der sich die Kollegen Sarbau, Thormann, Wolter, Müller, Becker und Mikolajsch beteiligten, schloß Thormann mit einem Dank an den Referenten die Versammlung.

**Danzigbetan.** In der Mitglieder-Versammlung, welche am 6. Juli stattfand, erstattete der Kassierer Bericht über die Kassenverhältnisse im 2. Quartal 1908. Den Einnahmen von 299,41 Mk. stehen an Ausgaben 155,60 Mk. gegenüber, sodaß ein Bestand von 84,70 Mk. verbleibt. In die Hauptkasse wurden 85,07 Mk. gefandt. An Krankenunterstützung wurden 83,60 Mk., Arbeitslohnunterstützung 24 Mk., Beerbigungsbeiträge 21 Mk. gewährt. Gewünscht wird, daß die nächsten Versammlungen wieder besser besucht werden als wie bisher. Es gibt Kollegen, die schon sehr lange Mitglieder sind, aber noch keine Versammlung besucht haben. Tue jeder seine Pflicht und werbe neue Mitglieder. Nur Einigkeit macht stark!

**Leipzig.** Mitgliederversammlung am 26. Juni. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung fragte Kollege Paul Schubert, warum sein bei der Ortsverwaltung eingereicher Antrag, wonach die Kartelldelegierten für Aufhebung des Kartellbeschlusses vom 30. März im Kartell einzutreten haben, nicht mit auf der Tagesordnung stehe. Kollege Birtigt erklärte, daß laut § 9 unserer Geschäftsordnung dieser Antrag in unseren Versammlungen nicht zulässig sei. Hieran stellte Schubert den Antrag, seinen oben erwähnten Antrag als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Das wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Zum 1. Punkt: Die Sitzungen der Stadt Leipzig referierte Genosse Brenzel. Einem mit Beifall aufgenommenen Referat war folgendes zu entnehmen: Die Sitzungen der Stadt Leipzig sind wohl die größten und reichsten Deutschlands. Die ältesten Vermächnisse stammen aus dem 13. Jahrhundert und sind aus religiösen und kirchlichen Motiven entstanden. In den meisten Fällen wurden Klöster und Schulen erbaut und bedacht, so z. B. wurde 1256 das Pestilenzkrankenhaus, später das Georgenhospital zur Umverbringung von Blindlingen, sowie das Johannis-hospital, wohl das reichste an Grundbesitz, errichtet. Infolge ganz enormer Zuwendungen wurde 1511 die Mikolat- und 1589 die Thomasschule erbaut, 1622 stiftete ein Menschenfreund für eine Volksschule 10.000 Taler. Der Willkür halber sollte diese in einem Holzschuppen in der Betschlagasse (heutige Johannis-gasse) errichtet werden. 1788 wurde die Wendische Schule erbaut und 1804 die

**Armenerschule** (die gegenwärtige Natzsche Schule). Das 18. Jahrhundert kann als das der Stifftungen bezeichnet werden. Seit 1810 finden wir keine kirchlichen Stifftungen mehr, außer der für die englische Kirche im Jahre 1891. Die größten und bedeutendsten der neueren Zeit sind die Meinersche Stifftung mit 13 Millionen Mk., die Mendels Stifftung mit 150 000 Mk. (Merdebrunnen), die Artur Kind-Stifftung mit 800 000 Mk., die Grassi-Stifftung mit 700 000 Mk. Aus dieser Stifftung werden die Kunst und Museen mit großen Summen bedacht, ebenso werden zur Verschönerung der Stadt aus dieser Aufwendungen gemacht. Es gibt aber auch sogenannte Wohltätigkeitsstifftungen zur Benutzung für Bürger und Nichtbürger. — Zum zweiten Punkt: Gewerkschaftliches besprechen die Kollegen Würmlich und Kühnert die Schwierigkeiten, die diesen bereitet werden von einzelnen Genossen bei der Organisation der Zeitungsaussträgerinnen. Nachstehende Resolution wurde in einer Versammlung der Austrägerinnen einstimmig angenommen: „Die am 17. v. Mts. im Saale des Thürlinger Hofes versammelten Austrägerinnen der „Leipziger Volkszeitung“ von L. Ost erkennen an, daß eine Organisation für ihren Beruf unbedingt notwendig ist, und versprechen deshalb, sich ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen.“ Eine demnächst stattfindende Versammlung soll sich mit dieser Materie befassen. Zum Schluß verwies Kollege Schmidt auf das am 12. Juni im Albertgarten stattfindende Sommerfest.

**Requie.** In der Versammlung am 18. Juni wurde eine Vorlesung über Soldatenmißhandlungen gehalten. Ein Kinderfest soll stattfinden, Streikbrecher sollen in Zukunft im Kartell namhaft gemacht werden.

**Mitg.** Am Sonntag, den 14. Juni, tagte hier eine öffentliche Versammlung, woran auch einige Frauen teilnahmen. Der Besuch ließ noch zu wünschen übrig. Der Gauleiter referierte über die Leistungen des deutschen Transportarbeiter-Verbandes im Jahre 1907. Er mußte an der Hand eines recht sachlichen Beweismaterials den Anwesenden klarlegen, daß einzig und allein wir ungelehrte Arbeiter nur in unserer Berufsorganisation Schutz und Hilfe finden, außerdem uns bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Da momentan der Geschäftsgang ein schlechter ist, so ist es erst recht notwendig, treu zum Verband zu halten, denn nur eine gute Organisation ist imstande, das Unternehmensum in Schranken zu halten. In der Diskussion sprachen noch die Kollegen Eichel und Schenk über die bevorstehende Gemeinderatswahl und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß hier in Metz auch endlich ein Arbeiter ins Stadtparlament komme. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen auf, daß sie auch dem Wege zu räumen und mit ihm Hand in Hand eine rege Agitation zu betreiben zum Nutzen der Gesamtheit. Wenn auch gerade hier in Lothringen die Agitation eine recht saure ist und uns so mancher Führer noch fernsteht, so darf uns das nicht jaghaft machen. Je schwerer der Kampf, desto größer der Sieg.

**Konstanz.** Am 12. und 28. Mai und am 18. Juni fanden in Konstanz öffentliche Arbeiterversammlungen statt, um den Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen zu führen. Wie überall im hiesigen Bezirk, so erschienen auch, nachdem wir die Versammlungen einberufen hatten, die Christlichen auf dem Plan, um im Erdbeben zu sitzen. In der Versammlung am 12. Mai war es ein Beamter des christlichen Textilarbeiterverbandes, der den Parteien weiß machen wollte, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nur wirksam im christlichen Transportarbeiterverband vertreten würden. In der Versammlung am 28. Mai erschien der Gauleiter des christlichen Transportarbeiterverbandes Glöckner mit einem ganzen Stabe auf dem Plan, um die Arbeiter zu beschwören, daß sie als christliche Arbeiter auch in eine christliche Organisation gehörten. Doch das Liebeswerben der Christlichen hatte wenig Erfolg, die trefflichen und klaren Ausführungen unseres Gauleiters konnten sie nicht widerlegen und in beiden Versammlungen ließen sich eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß wir am 18. Juni die Gründung einer Verwaltungsstelle vornehmen konnten.

Aufgabe der Konstanz-Kollegen wird es nun sein, durch eine unermüdete Agitation für die Ausbreitung der Organisation, an der Stärkung der neugegründeten Verwaltungsstelle zu arbeiten, dann werden sie bald in der Organisation das Mittel haben, womit sie ihre materielle Lage verbessern, sich einen größeren Anteil an den Segnungen der Kultur erkämpfen können.

**Weißen i. Oberpf.** In der letzten Mitglieder-versammlung vom 5. Juli hielt ein Nürnberg-Kollege einen Vortrag über: Wie betreiben wir unsere Agitation, der sehr beifällig aufgenommen wurde. In der sehr lebhaften Diskussion wurde hauptsächlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Christlichen keine Mühe scheuen, um einen christlichen Transportarbeiterverband zu gründen. Fast doch der Sekretär Salomon die Leute beim Verlassen der Kirche ab, um sie für seinen Verband zu gewinnen, richtiger gesagt, um den Verband, der schon vor 2 Jahren gegründet werden sollte, für den aber keine Mitglieder aufzutreiben sind, einmal ins Leben zu rufen. Wir begreifen ja seinen Schmerz, wenn ihm das nicht gelingt, möchten aber darauf hinweisen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, und nicht zuletzt die direkte arbeiterfeindliche Verhältnisse der christlichen Sekretäre Dauer, Oswald und Konsorten im Vaterischen Landtage die eigentliche Schuld trägt, daß auch in der Oberpfalz der Stern der christlichen Organisationen im Sinken ist. Die anwesenden Kollegen versprachen samt und sonders für die Ausbreitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes tätig zu sein.

Der Punkt Abrechnung vom 2. Quartal bewies, daß auch die Klassenverhältnisse sehr gesunde sind, und so wollen wir hoffen, daß wir in nächster Zeit von der Oberpfalz noch mehr erfreuliches zu berichten haben.

**Allgemeines.**

**Der Personenverkehr Berlins im Jahre 1907.**  
Die Tiefenausdehnung der Weltstadt bringt es mit sich, daß auch die der Verbindung der einzelnen Stadtteile und der Stadt mit den Vororten dienenden Verkehrsleistungen eine ständige Ausdehnung und Vermehrung erfahren. Fast jeder Berliner ist heute gezwungen, beim Aufsuchen seiner Arbeitsstätte eine Fahrgelegenheit (Eisenbahn, Elektrische, Omnibus usw.) zu benutzen. Außerordentlich groß ist natürlich auch die Zahl der für Vergnügungen und andere Zwecke gemachten Fahrten. Insgesamt betrug die Zahl der durch die verschiedenen öffentlichen Verkehrsleistungen beförderten Personen im Jahre 1907 794 778 805 gegen 756 254 099 im Jahre 1906. Es kamen also auf jeden Großberliner ca. 300 Fahrten im Jahre. Auf die einzelnen Verkehrsleistungen verteilt sich diese Zahl wie folgt:

	Zahl der beförderten Personen		mehr gegen 1906
	1906	1907	1906
A. Verh. Stadt- und Ringbahn	1 393 525 187	1 488 681 912	10 856 725
B. Straßenbahnen:			
Gr. Verh. Straßenbahn	864 100 000	878 200 000	14 100 000
Verh. Charlottenb. Bahn	24 820 000	24 870 000	50 000
Westliche Berliner Vorortbahn	23 670 000	27 128 000	8 658 000
Südliche Berliner Vorortbahn	6 218 000	6 990 000	777 000
Elektr. Hoch- und Untergrundbahn	87 807 172	41 442 124	8 694 952
Straßenbahn-Warschbrücke-Viehhoft	8 792 288	4 876 457	584 174
Gesellschaft für den Bau von Untergrundb. Schles-Bahnh. Treptow	2 678 910	2 624 688	— 54 827
Elektr. Bahn von Siemens, Halste	16 800 000	16 619 440	219 440
Straßenbahn, Berlin-Hohenschönhaus	2 396 067	2 447 816	51 748
Summa	481 177 482	604 698 419	23 416 937
C. Draisbusse	185 040 963	189 909 092	4 868 099
D. Dampfseilbahn	1 898 912	1 610 617	116 605

**Markruhe i. B.** Aus Anlaß unserer Beitrags-erhöhung von 40 auf 50 Pfg., die in Anbetracht der Gegenleistungen eigentlich gar keine Erhöhung ist, spielen einige Kollegen eine recht zweifelhafte Rolle. Es sind hauptsächlich jene Kollegen, die bei einer Lohnbewegung nicht radikal genug auftreten konnten, welche den Streit am liebsten an den Haaren herbeigezerrt hätten. Und gleich nach der Bewegung hätten sie sich gerne als Mitglied vom Verbandsverbande gedrückt, wenn nicht von Seite des Unternehmens selber die Organisation hier und da in Erinnerung gebracht worden wäre. Der höhere Beitrag soll nun die Handhabe zur Fahnenflucht bieten. So sind nun einmal diese „Helden“. Zuerst können sie das Maul nicht weit genug aufreißen, wenn es gegen das Unternehmensum geht, ist die Bewegung aber beendet, dann suchen sie sich beim Prinzipal wieder „liebkind“ zu machen, indem sie wissen lassen, sie seien nicht mehr Verbandsmitglied. Nun hat die Geschichte aber einen Haken, denn der Unternehmer, welchen wir im Auge haben, ist so einsichtig, daß er sich sagt: „Ein Tarifvertrag ohne organisierte Arbeiter in meinem Betriebe hat für mich keinen Wert.“ Aus diesen Gründen haben wir auch stets verlangt, daß sämtliches Arbeitspersonal des Betriebes organisiert sei, mag auch eine oder zwei Ausnahmen gemacht werden, die jedoch für die Betreffenden selbst nicht rühmlich sind. Die neuen Herren Ausreißer werden nicht weit kommen, wenn sie vernünftig sind, bleiben sie immer stramm im Glied, jedenfalls werden sie sich nicht der allgemeinen Verachtung der hiesigen Kollegen-Schaft aussetzen wollen.

Kollegen! Nicht Berpflitterung, sondern Einigkeit, tüchtiger Zusammenhalt muß unsere Parole sein. Auch andere Betriebe sind noch nachzuholen, auch dort muß es vorwärts gehen, und da mitzuarbeiten ist eure Pflicht, vergeßt nicht, daß auch der Verband auch weiterhin nützliche Dienste leisten kann.

**Der christliche Terror und das Reichsgericht.**  
Die Königsberger Schubert-Strassammer fällte, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, gegen die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Bloßki, Pödszus, Wöhlte und Kriese am 31. März ein aufsehenerregendes Urteil. Es erkannte die Angeklagten der schweren Urkundenfälschung für schuldig und belegte Bloßki mit einem Jahre, Kriese mit zwei Monaten, Pödszus und Wöhlte mit je zwei Wochen Gefängnis. Und das auf Grund folgenden Tatbestandes: Im Jahre 1904 fand in Königsberg ein Lohnkampf im Baugewerbe statt, welcher mit der Gründung eines Streikbrecherverbandes endete, der sich im Jahre 1905 dem christlichen Verbande anschloß. Der christliche Verband schloß dann mit dem Arbeitgeberverband einen Tarif ab, in welchem unter anderem auch bestimmt wurde, daß das Zusammenarbeiten mit andern oder nicht organisierten nicht verweigert werden dürfe. Trotzdem trafen beide Verbände nebenbei die Abmachung, daß nur Mitglieder des christlichen Verbandes beschäftigt werden sollten. Infolgedessen wurde den Mitgliedern des Zentralverbandes jede Arbeit verweigert. Um nun nockelenden Kollegen zu helfen, hat Bloßki alte Bücher des christlichen Verbandes durch Einbringen neuer Textblätter gefälscht, um den Kollegen zu Arbeit zu verhelfen. Pödszus und Wöhlte haben von solchen Büchern Gebrauch gemacht, Kriese soll Vorhilfe geleistet haben. Das Gericht nahm nun nicht etwa an, es liege straflose Notwehr gegen den Terrorismus, Wort- und Vertragsbruch der christlichen Gewerkschaft

vor. Es nahm auch nicht an, § 363 Strafgesetzbuchs liege vor, der Fälschung zum Zwecke besseren Fortkommens mit Geldstrafe oder Haft bedroht, sondern nahm schwere Urkundenfälschung (vorgenommen, um sich oder anderen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen) an. Und das auf Grund folgenden Tatbestandes: Die Angeklagten hatten — trotz Tarifvertrages! — als Nichtmitglieder des christlichen Verbandes keinen Anspruch auf Arbeit. Demgemäß war der Vorteil, den sie erlangten oder erstrebten, nämlich die Beschäftigung gegen Lohn und der Lohn selbst als rechtswidriger Vermögensvorteil anzusehen. Dies ungeheuerliche Urteil hat das Reichsgericht am Dienstag bestätigt.

Nach der bisherigen Jurisprudenz des Reichsgerichts hätten die Mitglieder des christlichen Verbandes wegen Erpressung oder versuchter Erpressung angeklagt werden müssen, weil die vertragsbrüchige Abrede zwischen den Unternehmern und dem christlichen Verband offensichtlich darauf abzielte, die Mitglieder der freien Gewerkschaften durch die Sperre oder Drohung mit der Sperre zum Beitritt zum Verband zu bewegen. Hier ist umgekehrt, den rechtswidrigen von der Arbeitsgelegenheit Ausgeschlossen — statt ihrer sind Italiener und Polen eingestellt — der Prozeß gemacht. Die Beurteilung beruht auf der von der Arbeiterklasse und auch von bürgerlichen Parteien seit Jahrzehnten bekämpften Auffassung des Reichsgerichts, das Erstreben nach Arbeitsgelegenheit könne das Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvorteils sein. Diese Ansicht schlägt gesundem Rechtsempfinden ins Gesicht. Es wird der wiederholt gemachte Versuch einer gesetzlichen authentischen Interpretation, daß die Erstreben einer Beschäftigung keine Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvorteils ist, immer dringender. Aber dieser noch als die in dem Prozeß wiederum beleuchtete deutsche Justiz gegen Arbeiter steht der Terrorismus der christlichen Gewerkschaften, der im Bunde mit Arbeitgebern gegen Hunderte von Familien getrieben ist. Dieser schamlose Terrorismus ist gerichtet und sollte jedem auf Ehre und Menschenwürde haltenden Arbeiter vor dem Bleiben in einer Organisation abhalten, die den Arbeiter knechtet, ihm in den Rücken fallen und arbeitslos machen will, weil der Arbeiter die Interessen seiner Klasse und seiner Familie wahrnimmt. Wodurch unterscheidet sich diese Sorte christlicher Gewerkschaftler von den Gelben?

**Literarisches.**

**Das Vereinsrecht**, herausgegeben und erläutert von Genossen Rechtsanwalt Seine Berlin, Verlag der Buchhandlung „Dovoris“, Berlin SW. 88, ist in neuer und vervollständigter Auflage erschienen. Der Preis für das Büchlein beträgt 50 Pfg. Es ist allen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern zu empfehlen und wird auch allen übrigen, im Vereinswesen tätigen Staatsbürgern ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Der Verfasser hat sein Buch für die Praxis bestimmt und er hat deshalb die Ausführungen der Regierungsvertreter zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes wiedergegeben. Das neue Gesetz soll in freiherrlichem Geiste angelegt werden. Es ist deshalb die Pflicht aller derjenigen, die mit dem Gesetz zu tun haben, darüber zu wachen, daß die Absicht des Gesetzgebers nicht durch Schikanen und Placereien untergeordneter Polizeiorgane hintertrieben wird. Dazu bedarf es der Kenntnis des Gesetzes und diese will das vorliegende Buch verschaffen.

**Briefkasten.**

**Ein 1895 er.** Du bist zu grausam mit den Gelben, habe mehr Erbarmen mit ihnen, sie sind schon genug gestraft, daß der „Derr“ ihnen so wenig natürliche Vernunft gegeben hat, warum sie also deswegen noch verböhnen!

**Bekanntmachung.**

**Ortsverwaltung Freiburg i. Br.** Unser Bureau befindet sich in der Stadt Belfort, Moltkestraße 80 II. Dasselbst Auskunft in allen gewerblichen Streitigkeiten, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, Aufnahme neuer Mitglieder, Einzahlen der Beiträge. Sprechstunde vormittags von 10—1 Uhr, nachmittags von 5—8 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

**Mitteilungen des Vorstandes.**

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 13. Juni 1908 in Frankenberg i. S. Bev.: Leipz. i. O., Köpferstr. 27 pt. Dem Kollegen Zankowia, Martin, geb. am 31. Oktober 1876 zu Michalowa, Mitglied der Verwaltungsstelle W. i. H. i. S. i. B. i. G. i. B., Hauptnummer 318 569, eingetreten am 12. April 1908, ist sein Mitgliedsbuch gestohlen worden. Wir ersuchen, falls das Buch vorgezeigt wird, an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden. Ferner ersuchen wir um event. Feststellung der Persönlichkeit etc., welche das Buch in Besitz hat.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Dzialb Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Verantwortl. Redakteur: Emil Riebel, Bichtenberg. Verlag der Buchdrg. „Courier“, C. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.



## Mitglieder aus allen 4 Berliner Verwaltungsstellen und Charlottenburg.

### Bekanntmachung.

#### Achtung!

#### Kollegen, Sektions-resp. Branchenleiter von allen den Berliner Verwaltungsstellen angehörenden Branchen.

Die erweiterte Bezirksleitung hat in ihrer am 13. Juli stattgehabten Sitzung zu der Bildung der einzelnen Distrikts- und Agitationskommissionen Stellung genommen und dann beschlossen, die Zusammensetzung derselben in folgender Weise zu empfehlen.

#### Distrikt 1. Süd-Ost, Süden, Süd-West

1 Geschäftsführer, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Kohlenarbeiter, 1 Kollkutscher, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Hausdiener für die Glas- u. Galanteriewarenbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer.  
Als Obmann wurde der Kollege **Albert Freude** ernannt.

#### Distrikt 2. Nizdorf, Brig und Treptow.

1 Droschkentischer, 1 Arbeitstischer, 1 Hausdiener, 1 Geschäftsführer, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahn- und 1 Müllkutscher, 1 Abzahlungskassierer.  
Als Obmann wurde der Kollege **Franz Mohr** ernannt.

#### Distrikt 3.

Osten, abgrenzend v. der Spree bis Greifswalderstr. 1 Kollege für das Expeditions-gewerbe, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Droschkentischer, 1 Kellerarbeiter, 1 Arbeiterin, 1 Friseurkutscher, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Bierkutscher.  
Als Obmann wurde der Kollege **Nich. Wiedeman** ernannt.

#### Distrikt 4.

Mummelsburg, Lichtenberg, Friedrichsfelde. 1 Arbeitstischer, 2 Hausdiener, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftsführer, 1 Droschkentischer, 1 Straßenbahner, 1 Arbeiterin.  
Als Obmann wurde der Kollege **Fr. Föcher** ernannt.

#### Distrikt 5.

Nordosten von der Greifswalderstr. bis Schönhauser Allee, inkl. Weißensee und Pantow. 1 Müllkutscher, 1 Geschäftsführer, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahner, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Fensterputzer, 1 Droschkentischer, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie.  
Als Obmann wurde der Kollege **Jul. Schramm** ernannt.

#### Distrikt 6.

Norden mit Wedding, Gesundbrunnen, Kleinlickendorf. 1 Droschkentischer, 1 Automobilfahrer, 1 Eisenlagerarbeiter, 1 Lagerarbeiter Elektr. Industrie, 1 Hausdiener, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Kohlenarbeiter, 1 Straßenbahner.  
Als Obmann wurde der Kollege **Ferdinand Salomo** ernannt.

#### Distrikt 7. Moabit und Hansaviertel.

1 Eisenlagerarbeiter, 1 Arbeiter aus der Elektr. Industrie, 1 Kollkutscher, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftsführer, 1 Hausdiener od. Bäcker, 1 Droschkentischer, 1 Kellnerarbeiter.  
Als Obmann wurde der Kollege **Gust. Hoffmann** ernannt.

#### Distrikt 8.

Westen mit Schöneberg, Friedenau und Tempelhof. 1 Kohlenarbeiter, 1 Hausdiener, 1 Automobilfahrer, 1 Arbeitstischer, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Straßenbahner, 1 Expeditionsarbeiter, 1 Droschkentischer.  
Als Obmann wurde der Kollege **Otto Schent** ernannt.

#### Distrikt 9.

Charlottenburg, Wilmerdorf, Galensee und Schmargendorf. 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Warenhaus-Hausdiener, 1 Bäcker, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftsführer, 1 Autoführer, 1 Kollkutscher.  
Obmann??

#### Distrikt 10. Zentrum.

1 Hausdiener aus der Textilbranche, 1 Hausdiener aus der Konfektion, 1 Hausdiener für die Warenhäuser, 1 Lederhausdiener, 1 Hausdiener für die Schneiderbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer, 1 Hausdiener für die Kurz- und Galanteriewarenbranche.  
Als Obmann wurde der Kollege **Robert Mehr** ernannt.

Wir bitten alle Kollegen Sektionsleiter, von der vorstehenden Bekanntgabe Notiz zu nehmen, und vor allen Dingen hieraus einen Auszug der für seine Branche in Frage kommenden Vorschläge in den verschiedenen Distrikten zu machen, um daraus feststellen zu wollen, wieviel Kollegen von seiner Branche gewählt werden müssen.

Jede Sektionsleitung hat nunmehr die Pflicht, sobald als möglich eine Branchenversammlung anzuberäumen, mit der Tagesordnung: Vortrag über den neuen Agitationsplan, und zweitens Wahl der Vertreter für die Distrikts-agitationskommissionen.

Bei der Wahl ist darauf zu achten, daß die betreffenden Kollegen etwas redigierfähig sind, um auch wirklich agitatorisch mitwirken zu können. Ferner ist darauf zu achten, daß die betreffenden möglichst in dem Bezirk wohnen, für welchen dieselben gewählt sind.

Nach stattgefundener Wahl haben die Sektionsleitungen die Pflicht, der Bezirksleitung für Groß-Berlin die Namen und Adressen der gewählten Kollegen umgehend mitzuteilen, und zwar mit der Angabe des Distrikts, für welchen die betreffenden gewählt sind.

Alles weitere, zur Aufklärung der Kommission notwendige, wird dann mit der Bezirksleitung in gemeinsamer Sitzung den Kommissionen und ihren Obmännern besprochen werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: Aug. Berner, Engelufer 14/15, Zimmer 84. Telefon-Amt 4, 2882.

Wir machen von dieser Stelle aus darauf aufmerksam, daß nach Verständigung mit den Ortsverwaltungen der Vorverkauf der Billets zu den in diesem Jahre stattfindenden Vergnügungen, als **Frühlingsfest, Frühkonzert und Sommerfeste** etc., gleichviel von welcher Ortsverwaltung arrangiert, von allen 4 Verwaltungsstellen gemeinsam betrieben wird.

Einige Ueberschüsse werden der Bezirkskasse überwiesen, von der auch die eventuellen Defizits zu decken sind. Wir richten deshalb an alle Mitglieder und besonders an die Betriebsvertrauensleute und Bezirksführer der Verwaltungen 1-4 das dringende Ersuchen, für einen guten Besuch aller Feste, die unter dem Namen „Verwaltung Groß-Berlin“ abgehalten werden, zu sorgen und zu agitieren.

Es gilt gleichzeitig auch hier den Beweis zu erbringen, daß der gemeinsame Verkehr, sowie das Zusammenarbeiten aller Branchen nicht nur möglich, sondern auch nutzbringend für die gesamte Organisation und ihre Mitglieder ist.

#### Zwecks Orientierung

geben wir nachstehend die Daten, an welchen die besagten Feste stattfinden, bekannt:

Am Sonntag, den 26. Juli, Großes Sommerfest in Mentos Volksgarten, Lichtenberg, Koedersr. 35. Eröffnung 2 Uhr Nachmittag.

Am Sonntag, den 9. August, Gr. Sommerfest in der Brauerei Friedrichshain am Königstor. Eröffnung 2 Uhr nachmittags.

Arrangement: Konzert, Gesang, Spezialitäten-vorstellung, Kinderbelustigung, Preislegelschießen, sowie Großer Ball. Familien können Kaffee kochen. Billets zu allen Festen im Vorverkauf 20 Pfennig, zum Frühlingsfest 25 Pfennig.

Am Sonnabend, den 15. August 1908:

## Großer Sommernachtsball

im Louisepark. (Zuh. B. Dase) Wilmerdorf, Wilhelmstraße 112.

Achtung! Bei günstiger Witterung im festlich illuminierten Garten um 2 Uhr nachts

#### Gr. Familienkaffee kochen.

Anfang abends 8 Uhr. Ende ???

Billets Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg.

Fahrtverbindung bis vor das Lokal Linie 52, 66, 67, 91, 92, Ring 5. Wagen B. F. G. D. E. W.

## Jugend-Abteilung.

### ==== Versammlungen. ====

Abteilung Moabit am Sonnabend, den 1. August, abends 7/9 Uhr, bei Ventuhn, Wilhelmshavenerstr. 9.

Abteilung Wedding am Mittwoch, den 5. August, abends 7/9 Uhr, bei Schulz, Maystr. 13 b.

Abteilung Osten am Mittwoch, den 5. August, abends 7/9 Uhr, bei Gummich, Frankfurter Allee 90, Ecke Möglnerstraße.

Abteilung Nord-Osten am Sonnabend, den 1. August, abends 7/9 Uhr bei Sasse, Greifswalderstr. 37.

Abteilung Süd-Osten am Mittwoch, den 26. August, abends 7/9 Uhr, bei Wangen, Reichenbergerstr. 16.

Abteilung Süden und Süd-Westen am Sonnabend, den 15. August, abends 7/9 Uhr, bei G. Drehtig, Fontane-Promenade 10.

Abteilung Nizdorf am Sonnabend, den 3. August, abends 7/9 Uhr, bei Lange, Richardstr. 112.

In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Die Referenten zu denselben, sowie die Treffpunkte und alle näheren Einzelheiten zu den Ausflügen werden in den Abteilungsverfammlungen bekannt gegeben.

Pflicht jedes jugendlichen Kollegen ist es nun, für zahlreichen Besuch dieser Veranstaltungen unter den jugendlichen Arbeitern zu agitieren.

Eine wirklich zahlreiche Beteiligung, auch von Gästen, erwartet

Die Sektionsleitung.

### Voranzeige.

Am Sonntag, den 16. August veranstalten sämtliche Abteilungen der Jugend-Sektion Groß-Berlins einen

#### gemeinsamen Ausflug nach Kariushorst-Predebnitz,

verbunden mit Unterhaltungsspielen und anderen Belustigungen.

Die jugendlichen Kollegen werden ersucht, schon jetzt im Kreise ihrer Freunde und Familienangehörigen auf unsere Veranstaltung aufmerksam zu machen. Nähere Angaben werden in der nächsten Mitteilungsbeilage bekannt gegeben.

Die Sektionsleitung.

## Verwaltung Berlin I.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I. (Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, u. 1.

Telephon: Amt I, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muß die genaue Buchnummer und Wohnung angegeben werden.

Bei Gesuchen um Unterstützung etc. ist das Mitgliedsbuch unbedingt mit beizulegen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegen-

genommen. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen unter Angabe der Buchnummer, Wohnung etc.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 3, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger wie 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Wohnungs-  
veränderungen dem Bureau, sowie den Bezirksführern  
und Einkassierern sofort zu melden, auch mit Angabe  
der alten Wohnung und Wohnungsnummer.

Ferner geben wir hiermit bekannt, daß das Werk:

**Dreher-Schumann**  
**Die ökonomischen Vorbedingungen**  
**und das Werden unserer Organisation**  
zum Preise von 3<sup>00</sup>Mk.

im Bureau durch die Kollegen Bergens und Haerling zu  
haben ist. Um auch allen Kollegen dieses zugänglich zu  
machen, haben die Verfasser uns angewiesen, durch Teil-  
zahlungen à 1 Mk. Bestellungen entgegen nehmen zu  
können.

**Hausdiener, Kutscher aus**  
**den Wäsche-Verleih-Geschäften.**

Montag, den 3. August, abends nur von 7 bis  
9 Uhr, Abstempelung der Kontrollkarten im Bureau  
Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstraße 1. Spätere Ab-  
stempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen  
unbedingt vorgelegt werden.

Wer ohne Buch erscheint, erhält keinen Stempel.

Die Branchenleitung, W. H. Müller.

**Kollegen Hausdiener, Packer aus**  
**den Wäschefabriken.**

Die Verbandskollegen obengenannter Branche ersuchen  
wir ihre Adressen unter Angabe des Betriebes, wo die-  
selben arbeiten, dem Bureau, Adlerstr. 5, umgehend mit-  
zuteilen.

Die Ortsverwaltung I.

**Hausdiener, Kutscher etc. aus den**  
**Wäsche-Verleihgeschäften Berlins.**

Am Donnerstag, den 6. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8),

**Grosse Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. Lambert über:  
„Deutschlands Kulturgeschichte“, 2. Diskussion.  
3. Aus unserem Berufe.

In Anbetracht des interessanten Vortrages, sowie der  
überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden  
Berufskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kollegen! Agitiert für zahlreichen Besuch. Erscheint  
in Massen. Bringt eure Frauen mit.

Die Branchenleitung, J. H. W. Müller.

**Hausdiener, Packer aus der**  
**Herren-, Damen-, Kinderkonfektion**  
**und Blumenbranche engros.**

Am Mittwoch, den 5. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

**Grosse Branchen-Versammlung**

bei Engel, Seydelstraße 30.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Ver-  
bandsangelegenheiten.

Die Sektionsleitung.

**Schneider-Hausdiener.**

Kollegen der Herren-, Damen- und Uniformbran-  
che sowie alle in Ladengeschäften angestellten Hausdiener,  
Packer, Radfahrer usw. werden hiermit zu einer

**Sitzung**

am Mittwoch, den 19. August 08, abends 9 Uhr, im  
Lokal von Engel, Seydelstraße 30, eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Vorbesprechung über die Aus-  
wahlen von Delegierten für die Ortskrankenkasse der  
Schneider. 2. Unsere fernere Agitation.

Kein Betrieb darf fehlen. Die Kollegen bei der Frau  
G. U. Heptich Söhne sind ganz besonders eingeladen.

Die Branchenleitung.

**Verwaltung Berlin II.**

Telephon: Amt IV, 4747.

**Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!**

Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaues des  
Gewerkschaftshauses haben die bisherigen Büro-Zimmer  
eine andere Nummerierung erhalten. Die Zimmer unseres  
Verwaltungsbüros sind jetzt wie folgt nummeriert worden:

Krankens-Abfertigung bisher Nr. 17 jetzt Nr. 31.  
Kassierer bisher Nr. 16 jetzt Nr. 32.  
Registrierung bisher Nr. 15 jetzt Nr. 33.  
Bevollmächtigter, Sekretär und Musikzimmer  
bisher Nr. 13 jetzt Nr. 43/44.  
Uebertragungszimmer bisher Nr. 14 jetzt Nr. 42.

Wir bitten die Verbandskollegen dies zu beachten  
und bei eventuellen Einsendungen, Briefen, Schrift-  
stücken etc. hierauf Bezug zu nehmen.

**Mitglieder aller Branchen.**

Nach Ablauf des 1. Quartals haben wir festgestellt, daß  
noch ein großer Teil unserer Mitglieder mit dem Bezahlen  
ihrer Beiträge im Rest sind. Wir nehmen deshalb Ver-  
anlassung, allen Kollegen dringend zu empfehlen, die Bei-  
träge, soweit wie irgend möglich, regelrecht zu entrichten.  
Besonders aber richten wir an die säumigen Kollegen die  
Bitte, die restierenden Beiträge so schnell wie möglich noch  
zu zahlen, da wir sonst gezwungen sind, diese Kollegen aus  
der Mitgliederliste zu streichen.

Die Verwaltung II.

**Leitergerüstbauer.**

Wir bringen hiermit allen Kollegen, welche Mitglied  
unserer Unterstützungs-kasse sind, nochmals zur Kenntnis,  
daß laut Beschluß unserer Generalversammlung vom  
19. Januar 1908 das Statut geändert worden ist. Wir  
machen speziell auf den Paragraph 4 aufmerksam, und  
geben bekannt, daß vom 1. Juni 1908 ab Nachzahlungen  
nicht mehr stattfinden, ungestempelte Marken haben keine  
Gültigkeit.

Die Sektionsleitung.

**Kollegen! Wächter, Oberwächter**  
**und Kontrolleure**

aus allen in Berlin und Vororten vorhandenen  
Wach- und Schließinstituten.

Am Dienstag, den 11. August 08, vormittags  
8 Uhr, pünktlich:

**Grosse Versammlung**

bei Seufelder, Dragonerstr. 15.

**Bau- und Arbeitskutscher,**  
**sowie Mitfahrer und Stallleute**  
**aus allen Fuhrwerksbetrieben von**  
**Rixdorf, Britz und Treptow.**

Am Sonntag, den 26. Juli 1908, mittags 1 Uhr,  
bei Gellert, Rixdorf, Steinmehstr. 118:

**Große Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Otto Franke über: „Die  
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche  
und wie können wir dieselben verbessern.“ 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes.

Die Agitationskommission für Rixdorf und Britz.

J. H. Franz Mohr.

**Kollegen!**

**Möbeltransportarbeiter, Kutscher**  
**und Packer.**

Am Sonntag, den 2. August, vormittags 10 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

**Gr. Branchen-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Karl Lohse über: „Die  
wirtschaftliche Krise, ihre Ursache und Wirkung bei  
den Möbeltransportarbeitern.“ 2. Diskussion. 3. Ver-  
schiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung  
die gewiß für einen jeden von Euch von großer Bedeu-  
tung ist, erwarten wir, daß Ihr alle Mann für Mann  
erwartet.

Mit kollegialischem Gruß

Die Sektionsleitung.

Beim Sommerfest in Rixdorf am 12. Juli 1908  
ist gefunden worden:

1 Spazierstock und 1 Schlüssel.

Verloren gegangen ist:

1 Damen-Regenschirm, 1 Damen-Sonnenschirm mit  
1 Umhang (Schwarz).

Finder der Gegenstände werden freundlichst ersucht,  
dieselben in unserm Büro, Berlin, Engel-Ufer No. 14/16  
2 Tr., Zimmer 31/33 und 41/43 abzugeben, auch können  
die abhanden gekommenen Sachen dort abgeholt werden.

**Verwaltung Berlin IV.**

**Verein der Droschkensührer Berlins und Umg.**

Am Donnerstag, den 30. Juli d. J., findet  
in Neue Mühle ein

**Sommer-Vergnügen**

verbunden mit Dampferpartie, statt.

Abfahrt früh 1/29 Uhr, von der Dampfer-  
station Rahnt und Herzer, an der Stralauerbrücke.

Teilnehmerkarten für Hin- und Rückfahrt gültig  
für Erwachsene 1 Mk., Kinder unter 14 Jahre 25 Pfg.,  
sind bis Dienstag, den 28. d. M., mittags 12 Uhr,  
nur im Bureau des Vereins, Schillingstr. 6, zu  
haben. Alles Nähere die Plakate.

Der Vorstand.

**Betriebsvertrauensmänner!**

Betriebe mit mindestens 3 Kollegen sind ver-  
pflichtet, einen Vertrauensmann zu wählen und  
dessen Namen und Wohnung an den Kollegen  
Fr. Heitig, Engelufer 15, 3 Tr. (Telefon  
Amt IV, 3348), einzusenden.

Neuwahlen und Adressenänderungen der Ver-  
trauensleute sind ebenfalls unverzüglich an obige  
Adresse zu melden.

Die Sektionsleitung  
der Automobilführer.

**Berliner Lokales.**

Einer Statistik über die Bestrafung von  
Wagenführern entnehmen wir Folgendes: Gegen  
rücksichtslose Kutscher hat das königliche Amtsgericht  
Berlin Mitte (Schöffengericht), im letzten Quartal,  
1. April bis 30. Juni, wegen Trabsfahrens um  
Straßenecken, fühlbare Geldstrafen verhängt. Es  
wurden 43 Kutscher insgesamt mit 1700 Mk. bestraft.  
Dieses sollte unseren Kollegen zu ganz besonderer

Vorsicht dienen, denn bei einigem guten Willen läßt  
sich dieses ganz gut vermeiden. Zu gleicher Zeit  
wollen wir nicht verfehlen, wiederum darauf hin-  
zuweisen, an Straßenbahnhaltestellen ebenfalls die  
größte Vorsicht walten zu lassen, besonders aber  
dann, wenn an diesen Stellen ein Straßenbahnwagen  
hält, um Personen ein- oder aussteigen zu lassen.  
Kürzlich ist einer unserer Kollegen, welcher an einer  
Straßenbahnhaltestelle einen alten Herrn umgerissen  
hatte, mit mehreren Wochen Gefängnis bestraft  
worden, trotzdem konstatiert worden war, daß er dort  
Signal gegeben, und ganz langsam gefahren war.  
Das Urteil sprach sich dahin aus, daß der Wagen-  
führer an solchen Stellen nicht nur langsam zu  
fahren, sondern er sogar halten müsse, um die Fah-  
gäste der Straßenbahn ein- und aussteigen zu lassen.  
Mögen sich unsere Kollegen auch dieses ad notam  
nehmen.

Zigarrenabschnitte sind eingegangen  
von Herrn Restaurateur August Reitner, Neander-  
straße 3, und Fritz Homrighausen, Klosterstr. 62.  
Den freundlichen Gebern besten Dank.